

**Gert Krell**

## **Weltbilder und Welt(un)ordnung**

**Theoretische Leitperspektiven für die internationalen Beziehungen**

Fassung vom 28. September 2018

Dr. Gert Krell, Prof. em. für Internationale Beziehungen am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Goethe-Universität Frankfurt am Main

Privatadresse: Im Langgewann 37, 65719 Hofheim

Email: [mail@gert-krell.de](mailto:mail@gert-krell.de)

Webseite: [www.gert-krell.de](http://www.gert-krell.de)

## 1. Einführung

Ich möchte den Lesern und Leserinnen mit diesem Beitrag einen Eindruck davon geben, was theoretische Leitperspektiven zum Verständnis der internationalen Beziehungen und der aktuellen Welt(un)ordnung beitragen können.<sup>1</sup> Unter theoretischen Leitperspektiven oder Weltbildern verstehe ich dabei in unterschiedlichen Denkweisen verankerte generalisierende politikwissenschaftliche Betrachtungsformen. Sie sind wie grobmaschige Netze, die das unendliche Meer der Fakten und Möglichkeiten auf je eigene Weise organisieren und strukturieren. Manchmal findet man im Fachgebiet der Internationalen Beziehungen (abgekürzt IB)<sup>2</sup> die These, eigentlich gebe es nur zwei solche Weltbilder, den Idealismus und den Realismus. Der Idealismus setzt auf Weltordnung im Sinne der Weltverbesserung, auf Chancen für Frieden, Wohlfahrt und Zivilisierung. Auch der Realismus in den IB, wenn er nicht, wie in überholten und selten gewordenen Varianten, ausdrücklich kurzfristige nationale Interessenmaximierung befürwortet, zielt auf Ordnung im Sinne von Stabilität und Rationalität, aber er ist weit skeptischer, ob die Menschen die dafür notwendigen intellektuellen, emotionalen und moralischen Fähigkeiten aufbringen können. Der Realismus betont eher die Risiken für Weltunordnung, deren Einhegung nur selten dauerhaft gelinge. Ordnungsversuche scheiterten immer wieder an der Unzulänglichkeit oder Torheit der Menschen.

Ich verbinde also zwei Gestaltungsmerkmale. Einmal geht es um die Präsentation von fünf Weltbildern, mit denen ich für perspektivisches Denken und Vergleichen in den IB werben will: das „realistische“ Weltbild (realistisch im Sinne der IB-Theorie) und vier ausgewählte andere, in ihren Hoffnungen, nicht unbedingt ihren Analysen, eher „idealistische“ Weltbilder: den Liberalismus, den Marxismus, den Feminismus und die Politische Psychologie. Zum zweiten geht es um das Verhältnis zwischen Weltordnung und Weltunordnung, das in allen diesen Leitperspektiven eine zentrale Rolle spielt. Ich beginne mit dem genannten übergeordneten Dualismus zwischen Realismus und Idealismus. In einem zweiten Abschnitt stelle ich am Beispiel von Donald Trump einige der genannten ausdifferenzierten Weltbilder kurz vor. Natürlich beschäftigen sich Weltbilder in den IB nicht nur mit Donald Trump, deshalb kommen sie im dritten Teil an anderen ausgewählten Beispielen ausführlicher zu Wort. Abschließend gehe ich noch einmal aus einem allgemeinen Blickwinkel auf aktuelle Gefährdungen der Weltordnung ein.

Vorab möchte ich betonen, dass wir Menschen häufig dazu neigen, die Welt zu negativ zu sehen; das hat psychologische Gründe, hängt aber auch mit den Fixierungen der Medien auf auffällige Ereignisse zusammen. Tendenziell verarbeiten wir negative Informationen intensiver, sie beeinflussen unser Weltbild stärker als positive Nachrichten. Und: Medien brauchen

---

<sup>1</sup> Ich stütze mich dabei vielfach, aber nicht nur auf Gert Krell/Peter Schlotter, *Weltbilder und Weltordnung: Einführung in die Theorie der Internationalen Beziehungen*, 5. Aufl., Baden-Baden 2018. Für Anregungen zu früheren Fassungen danke ich Egbert Jahn, Heinz Kluss, Bernd W. Kubbig, Peter Schlotter, Hans-Joachim Schmidt, Dieter Senghaas, Jürgen Wilzewski, Reinhard Wolf und meiner Frau Irene Krell.

<sup>2</sup> Mit großem I, im Unterschied zu den real existierenden internationalen Beziehungen, die als iB mit kleinem i abgekürzt werden.

Schlagzeilen. Dafür eignen sich viele positive Prozesse nicht, die eher langsam ablaufen, wie z.B. die Zunahme der Allgemeinbildung oder die Abnahme der Säuglingssterblichkeit. Über Schießereien, Aufstände und Bürgerkriege erfahren wir mehr, über Fortschritt weniger.<sup>3</sup> Auch wenn man es angesichts der täglichen Nachrichten nicht glauben mag: wir leben in der friedlichsten Zeit der Menschheitsgeschichte. In den alten Agrargesellschaften wurden etwa 15 Prozent aller Todesfälle durch menschliche Gewalt verursacht, heute sind es weniger als 1,5 Prozent. Zwischen 1500 und 1750 haben in 90-100 Prozent aller Jahre die Großmächte Krieg gegeneinander geführt; im 19. und frühen 20. Jhdt. waren es noch 30 Prozent. Seit längerem liegen wir bei 0. Auch wenn es kein Trost für die viel zu vielen Menschen ist, die unter Bürgerkriegen zu leiden haben – sie haben 2015 das höchste Niveau seit 1945 erreicht: bei allen Ungleichheiten und Ungleichzeitigkeiten ist die durchschnittliche Wahrscheinlichkeit, dass sich jemand selbst umbringt, heute größer, als dass er oder sie von einem feindlichen Soldaten, einem Terroristen oder Kriminellen getötet wird. Die durchschnittliche Lebenserwartung hat sich weltweit fast überall – Russland ist eine Ausnahme – kontinuierlich erhöht, auch die relative Armut ist zurückgegangen. In manchen ländlichen Gegenden Indiens gab es noch in den fünfziger Jahren kaum eine Frau mit Schulbildung; heute gehen dort fast alle Mädchen zur Schule.<sup>4</sup> Auf der Webseite *ourworldindata.org* von Max Rosen finden sich viele weitere erfreuliche Botschaften zu allen erdenklichen Globalthemen.

Freilich gibt es auch Tendenzen, die nicht oder nicht unmittelbar zu der verbreiteten Übergewichtung negativer oder bedrohlicher Nachrichten passen. So werden häufig auch in politischen Entscheidungsprozessen gravierende Risiken heruntergespielt, wenn Akteure schon viel in eine bestimmte Vorgehensweise investiert haben und sie Gesichtsverluste oder materielle Einbußen vermeiden wollen; sie treten dann „die Flucht nach vorn“ an. Der Erste Weltkrieg kann hier als ein dramatisches historisches Beispiel genannt werden (siehe dazu auch weiter unten). Manchmal werden Gefahren auch verdrängt, weil sie Ohnmachtsgefühle verstärken, weil die individuellen Möglichkeiten, sie zu entschärfen, für sich genommen kaum ins Gewicht fallen, oder weil die erforderlichen Eingriffe in etablierte Gewohnheiten als zu massiv erscheinen. Ein schwerwiegendes aktuelles Beispiel dafür wäre der Klimawandel.

## 2. Die große Kontroverse: Realismus und Idealismus

In vielen Darstellungen kann man lesen, die Internationalen Beziehungen, die sich auf dem Hintergrund der Friedenssehnsucht der Völker nach dem Ersten Weltkrieg in Europa und den USA als Fachgebiet etablieren konnten, seien von Idealisten geprägt worden, die ihre Hoff-

<sup>3</sup> Vgl. dazu Sebastian Herrmann, *Die Welt ist besser als ihr Ruf*, SZ vom 15. Februar 2018, S. 22, und Interview Andrian Kreye, *Verfluchte Romantik: Der amerikanische Linguist Steven Pinker beschreibt, warum es der Menschheit so gut geht wie nie, aber die Stimmung mies ist*, SZ vom 15. Februar 2018, S. 17; oder den Bericht von Sebastian Herrmann über neuere psychologische Ergebnisse: *Alles immer schlechter: Wenn sich Dinge zum Besseren wenden, verändern die Menschen ihre Maßstäbe und klagen erst recht*, SZ vom 2. Juli 2018, S. 16.

<sup>4</sup> Die Daten nach Interview Andrea Rexer, *Yuval Noah Harari über Zukunft*, SZ vom 15. Februar 2018, S. 14; zur Aktualität bewaffneter Konflikte vgl. BICC/HSFK/IFSH/INEF, *2018/Kriege ohne Ende. Mehr Diplomatie – weniger Rüstungsexporte/friedensgutachten*, Münster 2018, S. 43-61.

nungen auf den Völkerbund setzten und im Briand-Kellogg Pakt von 1928, mit dem ein generelles Verbot von Angriffskriegen etabliert wurde, die Chance für eine friedliche Zukunft sahen. Gegen diesen Idealismus sei dann im Zuge des Aufstiegs der faschistischen Bewegungen, des Zweiten Weltkrieges, des Stalinismus und des Kalten Krieges eine „realistische“ Gegenbewegung entstanden, die den Machtcharakter der internationalen Politik betonte und die Machtvergessenheit der Idealisten kritisierte. Diese Meistererzählung von der Gründungsgeschichte der IB ist nicht ganz falsch, aber sie enthält auch problematische Stilisierungen, denn der Völkerbund war ja noch in den Imperialismus eingebunden. Pointiert formuliert sollte der Völkerbund Deutschland kontrollieren, eine Frontstellung gegen den Bolschewismus aufbauen und die Probleme der Kolonialmächte untereinander regeln, damit sie die europäische Herrschaft in Asien und Afrika aufrechterhalten konnten.<sup>5</sup>

Mit Glasnost und Perestroika in der Sowjetunion, dem Ende des Ost-West-Konflikts und der Auflösung der UdSSR, der Abrüstung in Europa und der Wiedervereinigung Deutschlands hat es gegen Ende der 1980er Jahre nicht nur in der realen Weltpolitik, sondern auch in den IB einen neuen idealistischen Schub gegeben; freilich haben sich auch hier die Perspektiven für Frieden, Demokratie und Entwicklung wieder mehr und mehr eingetrübt und mit der Wahl von Donald Trump zum Präsidenten der USA weiter verdüstert. Lange für stabil gehaltene Institutionen, wie immer unzulänglich sie gewesen sein mögen, geraten unter Druck oder befinden sich in der Krise: die Rüstungskontrolle, die Welthandelsordnung, das Klimaregime, der europäische Einigungsprozess und vor allem der Gewaltverzicht im Projekt einer gesamt-europäischen Friedensordnung mit Russland. Hinzu kommen Stagnation oder sogar Rückentwicklungen im globalen Demokratisierungsprozess, eine Zunahme autoritärer und totalitärer Tendenzen etwa in Russland, in Osteuropa oder in einigen Entwicklungs- und Schwellenländern, vor allem in China. In den westlichen Demokratien macht sich illiberaler Populismus breit, zum Teil auch – wie etwa in Israel oder den USA – religiöser Fundamentalismus. Der arabische Frühling ist mit wenigen Ausnahmen im Bürgerkrieg oder in der Rückkehr zum Autoritarismus erstickt, und fast die ganze arabisch oder islamisch geprägte Welt befindet sich in einer schweren Entwicklungskrise.<sup>6</sup> Im Nahen und Mittleren Osten drohen neben dem chronischen israelisch-palästinensischen Konflikt weitere langwierige Bürgerkriege und andere regionale Auseinandersetzungen mit globalen Auswirkungen. Neue totalitäre Ideologien wie im gewaltbereiten politisierten Islam verbreiten in vielen Ländern Angst und Schrecken.

Ulrich Menzel, der ein großartiges Buch über die Ordnung der Welt geschrieben hat, angefangen bei den chinesischen und mongolischen Weltreichen über Venedig, Portugal, Spanien, die Niederlande und Großbritannien bis zur gegenwärtigen Hegemonialkonkurrenz zwischen den

---

<sup>5</sup> Vgl. dazu Krell/Schlotter, *Weltbilder und Weltordnung*, S. 30-31.

<sup>6</sup> Vgl. dazu Rainer Hermann, *Die Zeitbombe tickt: Die Bevölkerung der Arabischen Welt wächst so schnell wie sonst fast nirgends. Zudem droht eine ökologische Katastrophe*, FAZ vom 9. April 2018, S. 6 (Auszüge aus Ders., *Arabisches Beben: Die wahren Gründe der Krise im Nahen Osten*, Stuttgart 2018), oder Scott Anderson, *Wie die arabische Welt aus den Fugen geriet*, Berlin 2017.

USA und China,<sup>7</sup> spricht in einem Aufsatz über mehr und mehr Grenzziehungen seit den 1990er Jahren und damit vom Ende der idealistischen Nachkriegsordnung (mit Kriegsordnung ist hier der Ost-West-Konflikt gemeint), die auf Entgrenzung und Kooperation gesetzt hatte: „Das Eigene wird nun nicht nur enger gefasst, es ist dabei sich neu und militant zu definieren, unter Rückgriff auf ganz alte, hoch gefährliche Erzählungen – von den USA und Großbritannien über Russland und die Türkei bis Nordkorea.“<sup>8</sup> Als jüngstes Beispiel ließe sich hier die Entscheidung der Knesset vom 19. Juli 2018 anführen, mit der das israelische Parlament Israel als „den Nationalstaat des jüdischen Volkes“ proklamiert und den Status der arabischen Sprache von einer offiziellen zu einer „speziellen“ herabgestuft hat.<sup>9</sup> Die Angst vor dem Verlust einer spezifisch jüdischen Identität führe zur verstärkten Ethnisierung des zionistischen Projekts, schreibt der israelische Soziologe Natan Sznaider. Israel distanzieren sich zunehmend von der westlich-demokratischen Tradition und bewege sich „ostwärts“ zum nicht-liberalen Modell des „neuen Europa“, das im Moment auch von den USA mitgetragen werde.<sup>10</sup>

Aber vielleicht haben wir ja überhaupt die Widersprüchlichkeit des Globalisierungsprozesses unterschätzt. So hatte Emanuel Richter schon 1992, also noch in der Zeit des neuen Idealismus, in einer Studie über Vernunft und Globalisierung in der Moderne sogar vom „Zerfall der Welteinheit“ gesprochen. Die Konsequenz aus seinen Analysen der Philosophie und der politischen Theorie seit Immanuel Kant könnte man wie folgt auf den Punkt bringen: Die Weltgesellschaft wächst durch die Globalisierung zwar zusammen, aber sie fällt gleichzeitig auch auseinander.<sup>11</sup>

### 3. Was sagen einzelne IB-Theorien zu Donald Trump?

Um von der Philosophie wieder zu den IB zu kommen: Was sagen IB-Theoretiker zu Donald Trump? Salopp gesprochen schlagen sie die Hände über dem Kopf zusammen: Das sei genau der Politiker und die Art von Politik, vor der sie immer gewarnt hätten. Natürlich wissen gerade die Realisten in den IB, dass Macht nun einmal zur Realität aller Politik gehört, ja sogar ihr charakteristisches Medium ist. Aber wichtige moderne Klassiker des Realismus wie Hans J. Morgenthau, John Herz oder Kenneth Waltz – übrigens alle drei deutschstämmig; die ersten beiden deutsche Juden, die vor den Nazis in die USA geflohen sind, Kenneth Waltz Spross einer älteren deutschen Einwandererfamilie – haben sich gegen schrankenlose Machtpolitik ausgesprochen und den unvermeidlichen Machtcharakter jeder Politik an moralische Konventionen gebunden. Weder Donald Trumps rabiater Nationalismus noch sein aggressiver Unilateralismus oder seine chaotischen Entscheidungsprozesse lassen sich mit einer realistischen

<sup>7</sup> Ulrich Menzel, *Die Ordnung der Welt: Imperium oder Hegemonie in der Hierarchie der Staatenwelt*, Berlin 2015.

<sup>8</sup> Ders., *Das Ost-West-Konstrukt: Wie alte Grenzen neu gezogen werden*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 62:5 (2017), S. 51-62, hier S. 62.

<sup>9</sup> Vgl. Jochen Stahnke, *Die Gräben werden tiefer*, FAZ vom 20. Juli 2018, S. 2.

<sup>10</sup> Natan Sznaider, *Das unmögliche Prinzip der Gleichheit*, [www.ipg-journal.de/regionen/naher-osten/artikel/detail/das-unmoegliche-prinzip-der-gleichheit-2935/go/98/](http://www.ipg-journal.de/regionen/naher-osten/artikel/detail/das-unmoegliche-prinzip-der-gleichheit-2935/go/98/) (28. August 2018).

<sup>11</sup> Emanuel Richter, *Der Zerfall der Welteinheit: Vernunft und Globalisierung in der Moderne*, Frankfurt am Main-New York 1992.

Programmatik in diesem Sinne vereinbaren. In seinem letzten Buch schrieb der am 25. August 2018 verstorbene Senator John McCain, selbst Republikaner und eher ein *hardliner* in der Außenpolitik, der Eindruck von Härte scheine Trump wichtiger zu sein als die Werte der USA; er habe offenbar kein Interesse an den moralischen Qualitäten eines Präsidenten. Im Wahlkampf 2016 hatte Trump über McCain gesagt, er möge Leute, die sich nicht gefangen nehmen ließen – eine infame Anspielung auf den Vietnam-Krieg und McCains zehnjährige Kriegsgefangenschaft in Nordvietnam, während der er schwer gefoltert wurde. Trump selbst hatte sich seinerzeit wie viele andere durch ein windiges Attest vor der Einberufung gedrückt.<sup>12</sup> Senator McCain war ein entschiedener Gegner jeder Art von Folter; von Donald Trump hört man Anderes.

Auch bei Ausblendung der moralischen Dimension passen typische Merkmale des Realismus wie z.B. die Orientierung an einem rational kalkulierten Nationalinteresse nicht auf Trump. "(...) the current American President is capable of treating even war-and-peace diplomacy as performance art in the interest of personal, rather than national benefit", schreibt eine bekannte IB-Expertin aus den USA.<sup>13</sup> Und so führen auch die vier klassischen Modelle US-amerikanischer außenpolitischer Orientierung, die sich aus den beiden Gegensatzpaaren Realismus versus Idealismus und Isolationismus versus Internationalismus ergeben, hier nicht weiter; sie sind noch zu systematisch rational. Nahe läge vielleicht eine extreme Variante von *Fortress America* (Realismus plus Isolationismus) mit einer gehörigen Dosis *Battleship America* (Realismus plus Internationalismus).<sup>14</sup> Weltmacht gegen Weltordnung war ja schon unter George Bush jr. eine zentrale Prämisse der US-amerikanischen Außenpolitik,<sup>15</sup> wenn auch bei weitem nicht so durchgängig wie jetzt unter Donald Trump.<sup>16</sup> Wollte man Trump unbedingt IB-theoretisch zuordnen, dann am ehesten einem voluntaristischen und amoralischen Pseudo-realismus, für den die narzisstische Ausübung von Macht absoluten Vorrang hat, aus der sich im günstigen Fall „Deals“ ergeben.

Sogar manche Trump wohlgesonnene Republikaner stellen sich gelegentlich die bange Frage, ob er vielleicht ein Soziopath sei. Für die Erkenntnis, dass er ein hochgradiger Narzisst und ein notorischer Lügner ist, braucht man nicht die Politische Psychologie zu bemühen; das sieht man auch so. Viele Fachleute halten sich aus guten Gründen mit Ferndiagnosen zurück, sie gelten als verpönt. So will auch der bekannte Psychoanalytiker und Narzissmus-Experte Otto Kernberg nicht über die Psyche lebender Personen reden. (Bei Klienten gälte ohnehin die

---

<sup>12</sup> Alle Angaben nach Karl Doemens, *Abgang eines Patrioten*, FR vom 8. Mai 2018, S. 9.

<sup>13</sup> Jessica T. Mathews, *Singapore Sham*, The New York Review of Books vom 16. August 2018, S. 37-38, hier S. 38.

<sup>14</sup> Die anderen beiden Kombinationen sind *Great Society* (Idealismus plus Isolationismus) und *Global Society* (Idealismus plus Internationalismus).

<sup>15</sup> Vgl. dazu Gert Krell, *Arroganz der Macht, Arroganz der Ohnmacht: Der Irak, die Weltordnungspolitik der USA und die transatlantischen Beziehungen*, HSFK-Report Nr. 1, Frankfurt am Main 2003.

<sup>16</sup> In der *National Security Strategy* vom Dezember 2017 findet sich die Selbstbezeichnung „principled realism“, eines auf Prinzipien gestützten Realismus. Wie aus dem Text hervorgeht, ist damit nichts Anderes gemeint als „bilateral bullying instead of enforcing and obeying the rules“; so Adam S. Posen, *The Post-American World Economy: Globalization in the Trump Era*, in: *Foreign Affairs*, 97:2 (March/April 2018), S. 28-38, hier S. 31.

ärztliche Schweigepflicht.) Immerhin hält er Trump zugute, dass er kein Hitler sei; dazu fehle ihm zum Glück eine mit dem Nationalsozialismus vergleichbare Vernichtungs-Ideologie. Über das Seelenleben verstorbener Politiker aber spricht Kernberg. So habe Adolf Hitler, genau wie Josef Stalin, an einer bösartigen narzisstischen Störung gelitten, bei der sich das Gefühl der eigenen Großartigkeit mit schwerer Aggressivität, einer paranoiden Grundeinstellung und antisozialem Verhalten paare. Personen mit dieser Kombination wollten nicht nur geliebt werden, sondern forderten die totale Unterwerfung.<sup>17</sup>

Andere Psychiater oder Psychologen widersetzen sich freilich den Empfehlungen ihrer Berufsverbände und nehmen zu Donald Trumps „mentalen Beeinträchtigungen“ Stellung. Bei einem so eminent wichtigen Amtsträger, der über Leben und Tod sehr vieler Menschen entscheiden könne, müssten offensichtliche Persönlichkeitsstörungen öffentlich diskutiert werden.<sup>18</sup> Analysen der seelischen Gesundheit bedeutender Politiker, so seriös sie auch sein mögen, greifen freilich nicht nur aus ethischen oder fachlichen Gründen zu kurz, wie wieder andere politisch-psychologische Zeitdiagnosen betonen. So hat Martin Altmeyer im *Spiegel* daran erinnert, dass Donald Trump ja nicht trotz, sondern wegen seiner bizarren Persönlichkeit gewählt wurde: seinem merkwürdigen Haarschnitt, seiner ausgefallenen Mimik und Gestik, seiner vulgären Sprache, seiner notorischen Unberechenbarkeit und seinem protzigen und aggressiven Gehabe.<sup>19</sup> Sollten wir uns also nicht mehr auf die Frage konzentrieren, warum sich Menschen nach einem Staatsoberhaupt mit autoritärem Führungsstil und einfachen Antworten sehnen oder warum sie sich von Verschwörungstheorien immer wieder verführen lassen?

Zu Trump hätten auch der Feminismus oder die Geschlechterforschung das eine oder andere zu sagen. Mit seinem rassistischen und misogynen Macho-Gehabe repräsentiert der Präsident der USA in besonderer Weise maskulinistisches Ressentiment; und mit der trotzigen Betonung des Gewichts und der Notwendigkeit guter alter weißer männlicher Autorität in einer Zeit, in der die Möglichkeiten vieler weißer Männer, ihr Leben und ihre Umwelt zu kontrollieren und zu dominieren, deutlich nachgelassen haben, überschreitet er trotz seines privilegierten Hintergrunds erfolgreich soziale Klassenschranken.<sup>20</sup> Auch für die marxistische IB-Theorie ist Trump eine Herausforderung, denn er bleibt mit seinen die Zukunft des US-Kapitalismus gefährdenden Maßnahmen deutlich unterhalb der Rationalität der liberalkapitalistischen Hegemonie: extensive Deregulierung, dramatische Vergrößerung des Staatsdefizits, Bedrohung des Mittelstands durch extrem die Reichen und fast nur die Reichen begünsti-

<sup>17</sup> Johanna Adorján, *Kleine Störung: Ein Gespräch mit dem großen Psychoanalytiker und Narzissmus-Experten Otto Kernberg über Trump, Hitler und die 69er-Stellung*, SZ vom 8. Dezember 2016, S. 3.

<sup>18</sup> Vgl. dazu Bandy X. Lee (Hrsg.), *Wie gefährlich ist Donald Trump? 27 Stellungnahmen aus Psychiatrie und Psychologie*, Gießen 2018.

<sup>19</sup> *Aus sich heraus: Der Psychoanalytiker Martin Altmeyer über den einfühlsamen Exzentriker Donald Trump*, Der SPIEGEL 46/2016.

<sup>20</sup> Jackson Katz, *Man Enough: Donald Trump, Hillary Clinton, and the Politics of Presidential Masculinity*, Northampton, Mass. 2016, S. X.

gende Steuerreformen, unnötige Handelskonflikte.<sup>21</sup> Dabei war diese liberale Hegemonie, so wie sie die USA nach dem Zweiten Weltkrieg als Konsequenz aus der nationalsozialistischen und der japanischen geopolitischen und geoökonomischen Herausforderung etabliert hatten, doch ein äußerst erfolgreiches Projekt, wie Leo Panitch und Sam Gindin in einer durchaus respektvollen marxistischen Analyse von 2013 dargelegt haben.<sup>22</sup>

#### 4. Leitperspektiven im Überblick

##### 4.1 Liberalismus: Frieden und Wohlfahrt durch Demokratie und Freihandel

Das liberale Weltbild beschäftigt sich u.a. mit dem Zusammenhang zwischen Demokratie und Frieden oder der Rolle des Freihandels für den Wohlstand der Nationen. Die *liberale Friedenstheorie* hat ihre euphorischen Anfänge, denen zufolge Demokratien keine Kriege führten, schon seit längerem hinter sich gelassen. Sie legt heute Wert darauf, zwischen Kriegstypen zu unterscheiden, z.B. klassischen zwischenstaatlichen Kriegen, Weltordnungskriegen oder sogenannten demokratischen bzw. humanitären Interventionen. Außerdem hat sie erhebliche Unterschiede zwischen einzelnen Demokratien festgestellt, und zwar sowohl auf der institutionellen als auch auf der normativen Ebene. Sie ist auf dieser Grundlage skeptischer über den Zusammenhang zwischen Demokratie und Frieden geworden. Auch Demokratien führen Kriege, vor allem gegen Nicht-Demokratien, und zwar keineswegs nur zur Verteidigung. Hier ist insbesondere an die Kriege im Kolonialisierungs- und Entkolonialisierungsprozess zu erinnern. So haben z.B. in der Zeit, in der Johannes Brahms in seinem Deutschen Requiem die schönen Wohnungen des Himmelsreiches musikalisch in Szene setzte und Gustav Mahler in seiner 4. Sinfonie dessen Wonnen feierte, die Europäer und die USA unter sogenannten unzivilisierten Völkern die reale Hölle verbreitet. Selbst nach dem Sieg der westlichen Demokratien über den Nationalsozialismus, den Nürnberger Prozessen und der Erklärung der Allgemeinen Menschenrechte bombardierten Frankreich, Großbritannien und andere Länder die Zivilbevölkerung in ihren Kolonien, als sie sich gegen die Fremdherrschaft auflehnte.<sup>23</sup> Auch unterhalb der Kriegsschwelle haben Demokratien ohne seriöse sicherheitspolitische Begründung Regierungen anderer Länder unterminiert, darunter auch demokratisch gewählte. Israel hält bis heute die Palästinenser in semikolonialer Abhängigkeit und hat die alte Option

---

<sup>21</sup> Unter Trump nimmt die ohnehin geradezu obszöne soziale Ungleichheit weiter zu. Darin sehen manche Autoren sogar eine Gefahr für die republikanische Verfasstheit der USA; so bezeichnet Branko Milanovic die Regierung der USA schon nicht mehr als demokratisch, sondern als plutokratisch: *Die ungleiche Welt: Migration, das Eine Prozent und die Zukunft der Mittelschicht*, Berlin 2016, S. 220.

<sup>22</sup> Leo Panitch/Sam Gindin, *The Making of Global Capitalism: The Political Economy of American Empire*, London-Brooklyn, NY 2013.

<sup>23</sup> Vgl. hierzu Wolfgang Kaleck/Karina Theuer, *Das Recht der Mächtigen: Die kolonialen Wurzeln des Völkerrechts*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 63:8 (2018), S. 105-110, hier S. 105-108. Der Völkermord des Deutschen Kaiserreichs an den Ovaherero und Nama in Südwestafrika war der erste des 20. Jhdts.; er wird bis heute von der Bundesrepublik nicht offiziell anerkannt. Das Deutsche Kaiserreich war noch keine voll ausgebildete Demokratie, aber in vielerlei Hinsicht nicht weniger demokratisch als die westlichen Großmächte.

<sup>24</sup> Franz Walter, *Kritik der Zivilgesellschaft*, FAZ vom 16. April 2018, S. 6.



einer Zweistaatenlösung, die es längst buchstäblich verbaut hat, mit der oben schon erwähnten jüngsten Grundgesetzänderung auch rechtlich weiter entwertet.

Die liberale Friedenstheorie ist auch vorsichtiger geworden in der Einschätzung der Bürgerinnen und Bürger. Zu den Ambivalenzen der Moderne gehört offenbar, dass Demokratien im Unterschied zu autoritären oder gar totalitären Regimen einerseits vergleichsweise günstige Voraussetzungen für maßvolle und gewaltfreie Politik bieten; auf der anderen Seite aber die realen Bürger nicht zwangsläufig die vernünftigen und friedfertigen Wesen sind, von denen die demokratische Friedenstheorie lange Zeit ausgegangen ist. Franz Walter, ein Experte für Demokratieforschung, hat kürzlich sehr eindringlich darauf aufmerksam gemacht, wie sehr die demokratische Zivilgesellschaft selbst zu einer Gefahr für die Demokratie werden kann.<sup>24</sup> Zur Entzivilisierung kann es nicht nur bei den sogenannten Abgehängten, sondern auch bei den in der Regel besser gestellten Gebildeten kommen. Walters eindrückliches und betrübliches historisches Beispiel dafür ist der Antisemitismus in der jüngeren deutschen Geschichte. Getragen wurde er von Pfarrern, Lehrern, Professoren und Studenten. Leider gehören zur Zivilgesellschaft, besonders in Krisenzeiten, auch übertriebene Ängste, Abgrenzungseifer, Ressentiments und Hass. Ein nicht weniger dramatisches aktuelles Beispiel wären einige Reaktionen in den westlichen Demokratien auf die sogenannte Flüchtlingskrise.

Ein grundsätzliches Problem *kapitalistischer Marktwirtschaften* ist die Frage, wer sich um die Öffentlichen Güter kümmert. Wer sorgt sich z.B. um die Vermüllung der Meere, um die Zerstörung der Ozonschicht oder um die Aufladung der Atmosphäre mit CO<sub>2</sub> und die damit verbundenen Veränderungen im Weltklima? Für diese Herausforderungen bieten der liberale Institutionalismus bzw. die Regimetheorie schon seit langem interessante theoretisch abgesicherte Angebote an. (Als internationale Regime bezeichnet man die institutionalisierte Kooperation zwischen Staaten in einem spezifischen Problembereich.) Freilich bleiben die Aussichten für den Erfolg solcher Regime vom politischen Kalkül zentraler Akteure abhängig.

Ein anderes Problem sind Rationalitätsfallen: Individuell rationales Marktverhalten der einzelnen Wirtschaftssubjekte kann in der Summe aller parallelen Handlungen zu kollektiv unerwünschten Ergebnissen führen. Bekannte historische Beispiele sind die protektionistischen Maßnahmen fast aller Staaten in der großen Weltwirtschaftskrise von 1929, die erheblich zum Aufstieg des Nationalsozialismus und damit zum Zweiten Weltkrieg beigetragen hat, oder die Finanzkrise von 2008, die nur durch koordinierte Staatsinterventionen eingedämmt, wenn auch noch nicht dauerhaft bewältigt werden konnte. Man kann aber auch die Lage vieler Rohstoffproduzenten mit unelastischer, d.h. nicht grenzenlos ausdehnbarer Nachfrage in den Blick nehmen. So lassen sich die Probleme der liberalen Weltwirtschaftsordnung gut am Beispiel der Schokolade studieren, einem Produkt, auf das die meisten von uns gerne und völlig arglos zurückgreifen. Zu diesem Thema fand Anfang Mai in Berlin eine Welt-Kakao-Kon-

---

<sup>24</sup> Franz Walter, *Kritik der Zivilgesellschaft*, FAZ vom 16. April 2018, S. 6.

ferenz mit 1500 Teilnehmern aus 60 Ländern statt.<sup>25</sup> 70 Prozent der Erlöse aus dem Verkauf einer Tafel Schokolade gehen in den Handel und die Weiterverarbeitung in den Industriestaaten, nur sechs Prozent fließen zurück in die Erzeugerländer; bei den Kakaobauern landen etwa ein Prozent. Sinken die Preise, versuchen die Bauern, die Produktion (und die Selbstausbeutung) zu erhöhen mit der Konsequenz, dass die Preise weiter sinken: die Rationalitätsfalle.

Bei vielen anderen Naturprodukten aus Entwicklungsländern sieht es nicht wesentlich günstiger aus; gerade die deutschen Supermarktketten schneiden als Importeure bei der Beachtung der Menschenrechte schlecht ab. So liegt bei 12 landwirtschaftlichen Erzeugnissen aus Marokko, Thailand oder Südafrika die Entlohnung der Kleinbauern und Arbeiter häufig unter dem Existenzminimum. Nach den Leitprinzipien der Vereinten Nationen wären Unternehmen zu menschenrechtlicher Sorgfalt verpflichtet. Was das konkret bedeutet, legen freilich die einzelnen nationalen Regierungen fest. Die Bundesregierung belässt es bislang bei freiwilligen Untersuchungen und Berichten.<sup>26</sup> Manche Völkerrechtler fordern dagegen verbindliche Haftungsregeln für transnationale Unternehmen, um die sozialen Rechte der Menschen in Produktionsstätten und Zulieferbetrieben in anderen Ländern zu schützen.<sup>27</sup>

Unter Entwicklungsgesichtspunkten kommt hinzu, dass in vielen Erzeugerländern so gut wie keine Weiterverarbeitung stattfindet; ein großes Problem vor allem, aber nicht nur in Afrika. Als das Kakaoland Ghana 1957 unabhängig wurde, planten die Berater von Präsident Kwame Nkrumah, eine eigene Wertschöpfungskette aufzubauen. Eine Fabrik für die Säcke, mit denen der Kakao transportiert wird, sollte der Anfang sein; am Ende sollten vielleicht sogar eigene Schokoladenfabriken stehen. Daraus ist nichts geworden; heute importiert Ghana sogar die Kakao-Säcke, und zwar aus China. Empirisch und theoretisch erkannt hat diese Problematik nachholender Entwicklung schon Mitte des 19. Jhdts. der nationalliberale Unternehmer und Ökonom Friedrich List, und zwar aus seinem Erfahrungshorizont in der Auseinandersetzung mit dem Freihandelsliberalismus der damals führenden Industriemacht England.<sup>28</sup> Nachzügler, die vom Export von agrarischen oder extraktiven Rohstoffen abhängen, brauchen für ihre industrielle Entwicklung – und die allein kann einseitige Abhängigkeit vom Weltmarkt verhindern – die Förderung aller „produktiven Kräfte“, wie List das nennt, wozu er ausdrücklich Bildung und Ausbildung rechnet und vor allem „gutes Regieren“; aktuell als *good governance* wieder im Gespräch. Wirtschaftlich setzte List auf kluge Staatsintervention und eine Mischung aus Protektionismus und Weltmarktorientierung.

Zur Vermeidung von Rationalitätsfällen kommen aber auch transnationale Absprachen in Betracht, entweder unter den Produzenten wie bei der OPEC, die so ihre Erlöse zu stabilisieren versucht, oder zwischen Produzenten und Käufern mit Abnahmekontingenten und Festpreisen

<sup>25</sup> Alle Angaben nach Markus Balsler/Bernd Dörries, „Ausbeutung, die an Sklaverei grenzt“: *Das Geschäft mit der Schokolade floriert. Ein paar wenige Konzerne verdienen sehr gut damit. Die Kleinbauern gehen fast leer aus*, SZ vom 3. Mai 2018, S. 20.

<sup>26</sup> Vgl. Caspar Dohmen, *Schlechte Noten für Aldi & Co*, SZ vom 21. Juni 2018, S. 18.

<sup>27</sup> Vgl. z.B. Kaleck/Theurer, *Die kolonialen Wurzeln* (wie Anm. 23), S. 109-110.

<sup>28</sup> Vgl. dazu Krell/Schlotter, *Weltbilder und Weltordnung*, S. 204-205.

für Bauern und ihre Kooperativen wie bei einigen Fair Trade Initiativen. Den Freihandel zu predigen, d.h. den weniger entwickelten Ländern Schutzmaßnahmen zu verwehren, aber die eigene Herstellung zu subventionieren, so wie das z.B. die EU mit ihren Agrarprodukten und die USA mit Baumwolle jahrzehntelang getan und damit nicht nur die Exportchancen afrikanischer Produzenten, sondern auch noch deren heimische Märkte niederkonkurriert haben, ist nicht nur moralisch bedenklich, sondern langfristig auch unklug.

#### **4.2 Marxismus: Kritik der Ausbeutung von Mensch und Natur**

Ungleichheit und Ausbeutung auf globaler Ebene war immer schon ein zentrales Thema im Marxismus, insbesondere in seiner Imperialismustheorie. Bei Marx selbst finden sich zwar schon Andeutungen zur Ökologie-Problematik, in den historischen marxistisch geprägten Parteien spielte das Umweltthema jedoch so gut wie keine Rolle. Das hat sich im Neomarxismus inzwischen geändert. Die „planmäßige Ausbeutung der Erde“, traditionell als selbstverständliches Fortschrittselement gedacht, ist zu einem eigenständigen Gegenstand marxistischer Kapitalismuskritik geworden. Etwa bei dem Münchner Soziologen Stephan Lessenich, der zunächst an Immanuel Wallersteins marxistische Weltsystemanalysen anknüpft, dort vor allem an das Theorem des ungleichen Tauschs zwischen den Zentren (dem mächtigeren und wohlhabenderen „Norden“) und den Peripherien (dem weniger mächtigen und ärmeren „Süden“). Lessenich vertritt dabei die entschiedene Variante, der zufolge der Reichtum der einen auf der Armut der anderen beruhe: ohne Armutskapitalismus kein Wohlstandskapitalismus.<sup>29</sup>

Der Kern der Problematik, deshalb sein neuer Begriff der Externalisierungsgesellschaft, liegt für Lessenich in der Verlagerung bzw. im Export von Kosten und Lasten des Fortschritts in der kapitalistischen Industriegesellschaft; Kosten, die entstehen würden, wenn man bestimmte Sozial- und Arbeitsstandards sowie Auflagen zum Schutz der Umwelt „einpreisen“ würde. An diesen Kosten kommt der Kapitalismus in den entwickelten Industriestaaten nicht mehr so einfach vorbei; im Süden kann er sie jedoch weiterhin großzügig externalisieren, das heißt durch Ausbeutung der Lohnarbeiter einsparen. Die Externalisierung betrifft aber auch die ökologischen Kosten der Produktion, auch sie werden dem Süden aufgehalst – entweder durch die Auslagerung von umweltbelastenden Herstellungsverfahren, den Import von durch die ökologische Externalisierung künstlich verbilligten Gütern oder den Export von umweltschädlichen Abfällen aus der eigenen Produktion. Zu letzterem gehört auch krankmachender, weil brutal gewalttätiger Psychomüll der Industriegesellschaften, die Angestellte im Süden aus gewissen Internetprodukten des Nordens aussortieren müssen. Die zweite Seite der ungleichen ökologischen Externalisierung besteht im immer noch deutlich größeren Fußabdruck, den die entwickelten Industriestaaten in Form von Umweltbelastungen selbst verursachen bzw. dem Planeten Erde schon hinterlassen haben.

---

<sup>29</sup> Stephan Lessenich, *Neben uns die Sintflut: Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis*, Berlin 2016; dazu Krell/Schlotter, *Weltbilder und Weltordnung*, S. 271-277.

Als Beispiel für diese Zusammenhänge hat Lessenich Soja gewählt. Soja ist als Futtermittel das Lebenselixier der Viehzüchter in der globalen Fleischbranche geworden.<sup>30</sup> In Argentinien sind inzwischen zwei Drittel der fruchtbaren Anbaufläche mit Sojapflanzen bedeckt, in Brasilien hat sich die Anbaufläche für Soja in den letzten 15 Jahren verdoppelt. Die zweifachen Ernten erfordern den heftigen Einsatz von Chemikalien bzw. eine Kombination von Giftspritze und Gentechnologie, mit Schäden für Mensch und Umwelt. In Deutschland ist der Fleischexport in den letzten Jahren geradezu explodiert, bei Schwein und Geflügel hat er sich verdoppelt – alles eine Folge globaler Spezialisierung: Dänemark und die Niederlande liefern billige Ferkel, die in Deutschland mit billigem Soja aus Südamerika gemästet, von billigen osteuropäischen Arbeitskräften geschlachtet und dann profitabel um die halbe Welt nach China exportiert werden, wo der tägliche Fleischkonsum zum Statussymbol der neuen Mittelschicht geworden ist. Was bei Lessenich allerdings fehlt, ist ein anderes Ungleichgewicht. Die Gülle der mit Soja in Deutschland gemästeten Tiere geht nämlich nicht wieder zurück; sie landet als Nitrat im Grundwasser, hauptsächlich in Niedersachsen, der Hochburg der Massentierhaltung. Nach jüngsten Bewertungen der EU sind dort nur noch 41 Prozent des Grundwassers in einem guten Zustand; eine Zeitbombe, wie ein international anerkannter Experte für Nutztierernährung sagt, der die Globalisierung der Nahrungsmittelproduktion für einen Irrweg hält.

So einfach ist es also nicht mit dem Nullsummenspiel zwischen Nord und Süd: die einen gewinnen das, was die anderen verlieren. Das zeigen auch die Allianzen zwischen den multinationalen Konzernen und den Eliten im Süden, die bei Lessenich ebenfalls zu kurz kommen. Zu diesem Thema hat ein afrikanisches Journalistenkollektiv im Oktober 2017 eine Studie vorgestellt, die zeigt, wie Machthaber aus sieben afrikanischen Staaten Verbindungen mit großen Firmen oder „Raubrittern“ aus aller Welt eingehen, um ihre Länder zum eigenen Vorteil auszubeuten. Die einheimischen Eliten hätten sich in eben jene koloniale Plündermaschine verwandelt, die sie nach der Unabhängigkeit ihrer Staaten ersetzt haben.<sup>31</sup> Ein empathisches *und* wahrhaftiges Verständnis der Entwicklungsländer verlangt, nicht nur die Probleme ernst zu nehmen, die ihnen von außen auferlegt wurden und noch werden, sondern auch diejenigen, für die sie selbst Verantwortung tragen.

Ähnlich wie Lessenich hatte Gero von Randow in der ZEIT Anfang August 2018 (am Beispiel Afrikas) die Europäer für die aktuellen Probleme der Entwicklungsländer verantwortlich gemacht. Migration, Kriege und Djihaad seien letztlich Spätfolgen ihres Kolonialismus, die ihnen jetzt gleichsam auf die eigenen Füße fielen. Dagegen machte nur wenig später ein Autorenteam geltend, das Konzept des Djihaad sei wesentlich älter als der Kolonialismus und habe seine eigene Geschichte sowohl in der islamischen Theologie als auch in der Praxis islamisch geprägter Länder. Auch die Zusammenhänge zwischen Kolonialismus und Migration seien

---

<sup>30</sup> Vgl. dazu Dirk Asendorf, *Dieser Hase gefährdet den Regenwald: In Schokolade, in Eier- und Milchprodukten, in Vegetariersnacks – in allem steckt die Sojabohne. Ohne sie wäre auch die deutsche Massentierhaltung unmöglich. Es ist eine Sucht mit Folgen*, Die ZEIT vom 20. April 2017, S. 33-35.

<sup>31</sup> [www.zammamagazine.com/images/pdf/documents/African\\_Oligarchs.pdf](http://www.zammamagazine.com/images/pdf/documents/African_Oligarchs.pdf). und Isabel Pfaff, *Das große Schachern*, und SZ vom 13. Oktober 2017, S. 7.

weit weniger eindeutig als von von Randow unterstellt. Nur wenige Länder, die einmal Kolonien waren, seien heute Auswanderungsländer. Insgesamt, das zeigten seriöse Studien von Historikern, gebe es keine direkten Korrelationen zwischen kolonialen Verhältnissen und den damit verbundenen Dekolonisationsprozessen auf der einen und der jeweiligen heutigen Lage auf der anderen Seite; ein Befund, der sich mit Vergleichsstudien untermauern lasse. Als Botswana 1966 unabhängig wurde, war es eines der ärmsten Länder der Welt; bis zur Jahrtausendwende aber entwickelte es sich zu einem Land mit einer der steilsten Wachstumskurven. Das Pro-Kopf-Einkommen liegt heute 16mal höher als im Nachbarland Simbabwe. Dort habe es der frühere Freiheitskämpfer und spätere Diktator Mugabe geschafft, das Bruttoinlandsprodukt nach der Unabhängigkeit von 1980 bis 2008 zu halbieren. Er habe seine Gegner entweder umbringen lassen oder wirtschaftlich erledigt und lediglich seinen Anhängern Jobs und Ländereien verschafft. Das Ergebnis war ein durch und durch korruptes Regime, das weder Recht noch Eigentum garantierte; alles in allem das genaue Gegenteil von Botswana. Dort habe die postkoloniale Politik Eigentumsrechte, pluralistische Mitbestimmung und demokratische Wahlen gesichert und nicht nur ihre Stammes- oder Clanmitglieder bedient, sondern Teilhabemöglichkeiten für alle Bürger geschaffen.<sup>32</sup>

In einer vermittelnden Bilanz wird man zu den wichtigsten Ursachen der Probleme in Afrika südlich der Sahara auf der einen Seite Erblasten der Sklaverei und des Kolonialismus, durch Machtpolitik der reichen Länder gestützten unfairen Handel sowie Schuldenfallen zählen, auf der anderen Seite autoritäre Herrschaft und defizitäre Staatlichkeit, mangelnde Eigentumsrechte und Rechtssicherheit insgesamt, chronische Vernachlässigung der landwirtschaftlichen Produktivität,<sup>33</sup> Plündermaschinerie und Korruption, ethnische Konflikte/Bürgerkriege, und ein aufgrund männerdominierter Geschlechterverhältnisse zu hohes Bevölkerungswachstum.<sup>34</sup> Dass Reichtum an Bodenschätzen keine Garantie für wirtschaftlichen Wohlstand bietet, zeigt der Fluch der Rentenökonomien, die ihren korrupten Eliten ausreichend Geldmittel für persönliche Bereicherung und repressive Machtapparate inklusive gekauftem Machterhalt gewähren, ohne dass sie auf Steuern und damit auf die Zustimmung ihrer Bevölkerungen angewiesen wären.<sup>35</sup>

---

<sup>32</sup> Gero von Randow, *Die Neuvermessung der Welt: Migration, Kriege, Dschihad – Was die Europäer gerade am meisten verunsichert, haben sie durch ihren Kolonialismus selbst verursacht*, Die ZEIT vom 2. August 2018, S. 2; Jochen Bittner/Matthias Krupa/Ulrich Ladurner, *Nicht bloß Opfer der Geschichte: Die Ausbeutung von einst erklärt nicht das Elend von heute*, Die ZEIT vom 16. August 2018, S. 5.

<sup>33</sup> Die extrem geringe Produktivität der Kleinbauern, die 80 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe ausmachen, ist ein zentrales Problem in weiten Teilen Afrikas. Hier ist behutsame Modernisierung, die die Fehler in Europa und anderswo zu Lasten der Umwelt vermeidet, dringend erwünscht. Es gibt durchaus eine Reihe vielversprechender Initiativen, aber insgesamt geschieht zu wenig. Vgl. dazu *In Afrika müsste niemand hungern*, FAZ vom 9. August 2018, S. 18.

<sup>34</sup> Vgl. dazu auch das anschauliche Dossier von Bastian Berbner/Malte Henk/Wolfgang Uchatius, *Der afrikanische Fluch. Einst hieß es: Diesem Kontinent gehört die Zukunft. Wer ist schuld daran, dass es anders kam?*, Die ZEIT vom 21. Juni 2018, S. 13-16.

<sup>35</sup> Vgl. dazu etwa Philip Plickert/Thilo Thielke, *Das arme Ölland. Nigeria leidet unter Korruption und Terror*, FAZ vom 28. August 2018, S. 18.

Die bloße negative Spiegelung der Untaten „des Nordens“ durch Idealisierung „des Südens“ entwertet auch die Kritik politischer Aktivisten in der früher so genannten „Dritten Welt“ an den Verhältnissen in ihren eigenen Ländern. So haben gewiss die USA historisch in Mittel- und Südamerika gedeihliche Entwicklung vielfach behindert. Aber sie für die aktuelle Katastrophe in Venezuela unter der Regierung von Nicolás Maduros Mafiachlan oder für die gegenwärtige Misere in Nicaragua verantwortlich zu machen, ist absurd. Man lese dazu nur die Kommentare von ehemaligen entschiedenen und führenden Parteigängern von Hugo Chavez oder Daniel Ortega: vernichtende Analysen über Korruption, Misswirtschaft, Inkompetenz und Machtarroganz. Gemessen am BIP pro Einwohner ist Venezuela, das ehemals reichste Land Südamerikas, nach 20 Jahren „Sozialismus des 21. Jhdts.“ heute das ärmste in der Region mit Verheerungen, wie man sie sonst nur aus Nachkriegsszenarien kennt. Eine kleine Clique um den Präsidenten hat den Reichtum des Landes jahrelang verschleudert, Staatseinnahmen veruntreut und sich an Niedergang und Hyperinflation bereichert.<sup>36</sup> In Nicaragua skandieren die Studierenden, die auf die Straße gehen, um gegen die autoritäre Herrschaft des Familienclans Ortega zu demonstrieren, und von denen Regierungsanhänger und die Polizei schon viele getötet haben: „Daniel y Somoza son la misma cosa“. Daniel Ortega, dessen sandinistische Bewegung 1979 nach mehreren Jahren Bürgerkrieg den von den USA unterstützten Diktator Somoza gestürzt hatte und der einer der Helden meiner 68er Generation war, ist zum Ebenbild seines einstigen Feindes geworden. Oder wie es Mitte August 2018 Dutzende Intellektuelle, Aktivisten und Akademiker Lateinamerikas, die sich in einer dringenden Deklaration für Nicaragua an die Öffentlichkeit wandten, formuliert haben: „Was kann mehr verletzen als die Ironie eines Führers, der sich selbst als Revolutionär bezeichnet und die kriminellen Praktiken jenes Diktators nachahmt, gegen den er sich erhoben hatte?“<sup>37</sup>

### 4.3 Feminismus: Männer und Frauen/Krieg und Frieden

Als eine der Begründerinnen des Feminismus gilt Olympe de Gouges, die schon in der französischen Revolution eine Erklärung der Rechte der Frau und Bürgerin verfasst hat. Die Jakobiner schickten die Schriftstellerin – sie hatte u.a. ein Stück gegen die Sklaverei in den französischen Kolonien geschrieben – aufs Schafott; nicht zuletzt wohl deswegen, weil sie sich als Frau in die Politik, also die Angelegenheiten der Männer eingemischt hatte. Immerhin hat sich wenigstens einer der männlichen Aufklärer dieser Zeit, der Philosoph, Mathematiker und frühe Politikwissenschaftler Marquis de Condorcet, ebenfalls für das Frauenwahlrecht und die Gleichberechtigung der Frauen eingesetzt. Seine Schrift *Sur l'admission des femmes*

<sup>36</sup> Vgl. Carl Moses, *Venezuelas Lektion für Linke*, FAZ vom 23. August 2018, S. 17, oder Boris Herrmann/Hannes Munzinger, *Ein ganzes Land als Beute*, SZ vom 28. August 2018, S. 22. Ausführlicher Edgardo Lander, *Venezuela: Die gescheiterte Utopie*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 63:5 (2018), S. 55-63.

<sup>37</sup> Zitiert nach Tjerk Brühwiller, *Aufstand gegen die Revolutionäre: Wie die Regimes in Venezuela und Nicaragua Lateinamerikas Linke entzweien*, FAZ vom 28. August 2018, S. 5. Zu Ortegas Bereicherungsstrategien vgl. Ders., *Die Ortega GmbH von Nicaragua*, FAZ vom 16. August 2018, S. 20.

<sup>37</sup> Zitiert nach Tjerk Brühwiller, *Aufstand gegen die Revolutionäre: Wie die Regimes in Venezuela und Nicaragua Lateinamerikas Linke entzweien*, FAZ vom 28. August 2018, S. 5. Zu Ortegas Bereicherungsstrategien vgl. Ders., *Die Ortega GmbH von Nicaragua*, FAZ vom 16. August 2018, S. 20.

*au droit de cité* ist 1790 erschienen. Auch Condorcet wurde von den Jakobinern verfolgt; sie steckten ihn in einen Kerker, in dem er 1794 unter mysteriösen Umständen zu Tode kam.

Die feministische IB-Theorie interessiert nicht nur die Frage, wie Frauen durch gesellschaftliche Zustände und die internationalen Beziehungen beeinflusst und benachteiligt werden, sondern auch wie die Geschlechterverhältnisse mit den sogenannten großen Themen der internationalen Politik, also Wohlfahrt, Krieg und Frieden zusammenhängen. Dabei kommt nicht nur materielle *Herrschaft* von Männern über Frauen in den Blick, sondern werden auch Konstruktionen von Männlichkeit und Weiblichkeit relevant für die Analyse der internationalen Beziehungen. So findet sich bei Katrine Marcal in ihrem Buch mit dem Titel *Machonomics* z.B. die nicht unplausible These, dass uns die letzte große Finanzkrise vielleicht erspart geblieben wäre, wenn Lehman Brothers Lehman Sisters gewesen wäre.<sup>38</sup> Bekanntlich sind Männer, besonders unter Konkurrenzbedingungen, auch bei großen Risiken leichtsinniger als Frauen. Nun war aber die Finanzchefin von Lehman Brothers gar kein Mann, sondern eine Frau. Erin Callan war bekannt dafür, kein Risiko zu scheuen; sie hat alle halsbrecherischen Entscheidungen ihrer fast ausschließlich männlichen Kollegen mitgetragen, die zum Bankrott ihrer Firma geführt haben. Aber damit ist das Thema natürlich nicht erledigt. Eine wohlwollende Interpretation wäre z.B., dass Frauen, die in einer männlich dominierten Welt nach oben kommen wollen, nun einmal starken Anpassungszwängen unterliegen.<sup>39</sup>

Zur Lage der Frauen weltweit gibt es inzwischen sehr gut aufbereitetes systematisches Material. Für Europa z.B. kann man sich auf die Veröffentlichungen von EIGE, dem *European Institute for Gender Equality* mit Sitz in Vilnius, stützen. Beim Gleichberechtigungsindex von 2017 liegt Schweden mit 82,6 Punkten (100 würde volle Gleichberechtigung bedeuten) vorn; Deutschland steht mit 65,5 leicht unter dem Durchschnittswert. Das Schlusslicht bildet Griechenland.<sup>40</sup> Gravierender als Benachteiligung und Diskriminierung ist die Gewalt gegen Frauen, denn physische Sicherheit ist die Voraussetzung für alle weiteren Entfaltungschancen und damit das zentrale Menschenrecht. Ein moderates Niveau physischer Sicherheit finden Mädchen und Frauen lediglich in Teilen Nordamerikas, in Australien und Neuseeland und vielfach in Europa, wobei dort einige Länder Frauen sogar „fairly high levels of security“ bieten. Das *WomanStats* Projekt, von dem diese Übersicht stammt, zeigt für 2011 eine Weltkarte mit keinem einzigen Land ohne Barrieren für die Meldung einer Vergewaltigung.<sup>41</sup> In Asien, Afrika und Lateinamerika, auch in Russland und einigen europäischen Ländern ist der kulturelle Druck auf Frauen, eine Vergewaltigung nicht anzuzeigen, sehr groß. In Süd- und Vorderasien, auch in Teilen Südasiens sowie im Nahen und Mittleren Osten und in Teilen Afrikas und

<sup>38</sup> *Machonomics* ist der deutsche Obertitel, die englische Fassung des Buches heißt: *Who Cooked Adam Smith's Dinner? A Story About Women and Economics*, London 2016.

<sup>39</sup> Zur Lehman Sisters-Theorie vgl. auch Franziska Augstein, *Sanftes Denken*, SZ vom 16. März 2018, S. 18. Die Forschungslage ist in der Tat nicht eindeutig. Dass Frauen weniger finanzielle Risiken eingehen, könnte auch daran liegen, dass sie in der Regel weniger Geld haben als Männer (Victor Gojdka, *Nichtstun als Erfolgsgeheimnis: Männer gehen bei Finanzfragen häufiger ins Risiko*, SZ vom 14. Juni 2018, S. 16).

<sup>40</sup> Genauere Angaben bei Krell/Schlotter, *Weltbilder und Weltordnung*, S. 305-306.

<sup>41</sup> [www.womanstats.org](http://www.womanstats.org) ist eine frei zugängliche umfangreiche Datenbasis zur Lage der Frauen weltweit.

Lateinamerikas riskieren Frauen physische Strafen, die Vertreibung aus der Familie oder sogar den Tod, wenn sie eine Vergewaltigung öffentlich machen.

In den USA wird ein Drittel aller weiblichen Mordopfer von ihren männlichen Partnern umgebracht, der umgekehrte Fall betrifft nur drei Prozent. Der Hauptgrund für die Notaufnahme von Frauen im Krankenhaus sind tätliche Angriffe ihrer Intimpartner. Nur sechs Prozent der amerikanischen Frauen, die bei der Arbeit sexuell belästigt werden, geben eine Beschwerde zu Protokoll.<sup>42</sup> Dafür haben sie gute Gründe, denn 75 Prozent der Frauen, die sich beschweren, bekommen dadurch Schwierigkeiten. Leider ist es in Deutschland nicht prinzipiell besser, auch hier ist häusliche Gewalt die häufigste Ursache für Verletzungen bei Frauen;<sup>43</sup> und bis 1997 war in unserem Land Vergewaltigung in der Ehe nicht strafbar. In Japan erstatten laut einer Studie der Regierung nur 4,3 Prozent der Opfer sexueller Gewalt eine Anzeige; das Risiko zusätzlicher Anfeindungen ist den anderen zu groß.<sup>44</sup>

In Indien fehlten einem Bericht der Weltbank zufolge 2003 gegenüber der normalen biologischen Relation zwischen den Geschlechtern 2,2 Millionen Frauen; in erster Linie aufgrund von Mord, Gewalt und grober Diskriminierung bei Ernährung und medizinischer Versorgung. Was China angeht, so spricht ein Experte von einer historischen Tradition tiefsitzender Misogynie, die auch Mao nicht habe beseitigen können.<sup>45</sup> Mao war sogar eher Teil dieser Tradition, wie u.a. seine extrem gehässigen Kommentare über Frauen in einem Gespräch mit dem damaligen US-Außenminister Henry Kissinger 1973 dokumentieren. Im April 2018 war in der Presse zu lesen, dass Studierende der Peking-Universität, der besten und berühmtesten Hochschule des Landes, eine Wandzeitung gegen sexuelle Belästigung aufgehängt haben, in der sie Aufklärung über den Selbstmord einer Studentin fordern.<sup>46</sup> (Im heutigen China Wandzeitungen aufzuhängen, ist sehr gefährlich.) Am 16. Mai 2018 lief auf Arte der Film *Mustang* von Deniz Gamze Ergüven, einer bikulturellen Französin mit türkischen Wurzeln: eine Hommage an die Vitalität und Kreativität von fünf jungen türkischen Schwestern und zugleich ein bedrückendes Dokument über die kulturelle, strukturelle und personale Gewalt des türkischen Patriarchats.

Das ist nur eine kleine Auswahl aus einer auch schon vor den jüngsten Enthüllungen der Me Too Debatte erschütternden Datenlage. Trotz aller emanzipatorischen Fortschritte bleibt die alltägliche Gewalt gegen Frauen eine der großen Menschheitskatastrophen, weil sie nicht nur im übertragenen, sondern auch im wörtlichen Sinne alle Grenzen überschreitet: Länder und

---

<sup>42</sup> Nach Laura Marsh, *Being Charlie* (Rezension zu David Friend, *The Naughty Nineties: The Triumph of the American Libido*), *The New York Review of Books* vom 5. April 2018, S. 48-49, hier S. 49.

<sup>43</sup> *Faustschläge zur Begrüßung: Häusliche Gewalt und Brutalität im deutschen Alltag nehmen zu. Interview mit Saskia Etzold von der Gewaltschutzambulanz der Berliner Charité*, SZ vom 16. April 2018, S. 10.

<sup>44</sup> Christoph Neidhart, *Lächeln, glänzen, Tee kochen: In Japan und Südkorea werden sexuelle Übergriffe durch Prominente öffentlich*, SZ vom 22. Februar 2018, S. 8.

<sup>45</sup> Paul French, *Tale of the Dragon Lady: The long, sordid history behind China's blame-the-woman syndrome*, [www.foreignpolicy.com/articles/2012/06/26/tale\\_of\\_the\\_dragon\\_lady](http://www.foreignpolicy.com/articles/2012/06/26/tale_of_the_dragon_lady) (August 13, 2012).

<sup>46</sup> Vgl. dazu Kai Strittmatter, *Die Rückkehr der Wandzeitung: An der Peking-Universität bricht sich ein erstaunlicher Protest Bahn; Studenten mobilisieren gegen die weit verbreitete sexuelle Belästigung und können sich dabei auf große historische Vorbilder berufen*, SZ vom 25. April 2018, S. 7.



Kontinente, Klassen, Kulturen, politische Regime – was nicht heißt, dass die Verhältnisse überall gleich schlecht seien. Differenzen seriös anzusprechen, ist nicht nur erlaubt, sondern sogar geboten: Tabuisierungen kulturspezifischer oder ungleichzeitiger Frauenfeindlichkeit oder Frauenverachtung z.B. in lateinamerikanischen oder arabisch bzw. islamisch geprägten Ländern desavouieren nicht nur deren eigene feministische Bewegungen, sondern befördern letztlich auch den heimischen Rassismus.<sup>47</sup> Selbst rassistisch wird solche Kritik nur dann, wenn sie für die Projektion der Verfehlungen in der eigenen Kultur missbraucht wird. So sind viele positive Errungenschaften der Frauenemanzipation in den westlichen Ländern noch sehr jungen Datums. Neurotische Sexualfeindlichkeit zu Lasten des weiblichen Geschlechts, bei der es auch noch für die vermeintliche „Verführung“ der Männer, de facto aber deren Verbrechen gegen Frauen verantwortlich gemacht und schwer bestraft wird, hat auch in der Geschichte des sogenannten christlichen Abendlandes bis weit in die zweite Hälfte des 20. Jhdt. eine große und verhängnisvolle Rolle gespielt.

Angesichts der gravierenden weltweiten Befunde könnte man tatsächlich von einem „Krieg der Männer gegen die Frauen“ sprechen; in jedem Fall aber erfordern sie Konsequenzen für die IB-Theorie. Zum einen wird deutlich, dass sich die Sicherheitsproblematik in der Tat nicht auf die zwischenstaatliche Ebene reduzieren lässt. Die Aufspaltung im strukturellen Realismus zwischen Ordnung, Recht und Autorität (für die Einzelstaaten) und Anarchie und Selbsthilfe (für das internationale System) wird von verschiedenen IB-Theorien kritisiert, aber der feministische Blick stellt sie noch einmal anders infrage. Können wir überhaupt von Frieden sprechen, wenn so viele Frauen auch in Gesellschaften, die in keinen Krieg verwickelt sind, um ihre Sicherheit, ja ihr Leben fürchten müssen? Eine zweite Dimension betrifft die demokratische Friedenstheorie. Hier ist zu prüfen, ob der Liberalismus an der Kategorie des demokratischen Friedens festhalten kann, wenn die Differenz zwischen dem äußeren Frieden und der organisierten Friedlosigkeit in den Geschlechterbeziehungen auch in Demokratien die angedeuteten eklatanten Ausmaße annimmt. Schließlich landeten die beiden größten Demokratien in einer weltweiten Umfrage der Thomson Reuters Foundation vom Juni 2018 unter fast 550 Fachleuten auf der Liste der zehn für Frauen gefährlichsten Länder: Indien auf Platz 1 und die USA auf Platz 10.<sup>48</sup>

---

<sup>47</sup> Vgl. dazu eindringlich Susanne Schröter, die Direktorin des Frankfurter Forschungszentrums Globaler Islam, *Beschimpft, beleidigt, bedroht: Gewalt gegen Frauen lässt sich nicht entschuldigen und auch nicht beschwichtigen. Warum ist die Diskussion aber so merkwürdig verdrückt, sobald dabei muslimische Männer im Spiel sind? Es geht nicht an, jeden, der hier Klartext redet, als Rassisten zu bezeichnen*, FAZ vom 12. Juni 2018, S. 9.

<sup>48</sup> Die Wertung wurde nach einer kombinierten und gewichteten Nennung der jeweils fünf schlechtesten Länder insgesamt und in sechs Bereichen (Gesundheit, Diskriminierung, kulturelle Traditionen, sexuelle Gewalt, nicht-sexuelle Gewalt, Frauenhandel/Versklavung) aus der Sicht der Befragten berechnet: auf den zweit- bis neuntschlechtesten Platz kamen so Afghanistan, Syrien, Somalia, Saudi Arabien, Pakistan, Kongo (DRC), Jemen und Nigeria. In den Teilbereichen lagen die USA bei sexueller Gewalt auf Platz 3 und bei nicht-sexueller Gewalt auf Platz 6; Mexiko, auch eine Demokratie, beide Male auf Rang 9. Vgl. Thomson Reuters Foundation, *The World's Most Dangerous Countries for Women*, [news.trust.org/item/20180612140931-y58n2/](https://news.trust.org/item/20180612140931-y58n2/) (27. Juni 2018). Zur Machokultur, der Gewalt von Männern gegen Frauen und der Komplizenschaft des mexikanischen Staates vgl. etwa Franziska Pröll, *Getötete Frauen, geschonte Täter?*, FAZ vom 10. Juli 2018, S. 10.

Eine dritte Dimension geht in den Bereich der Kriegsursachen. Theoretische Überlegungen und empirische Forschungen deuten darauf hin, dass Gesellschaften mit geringem Gewaltniveau in den Geschlechterverhältnissen, in denen Männer und Frauen gleichberechtigt sind und beide Geschlechter als gleichwertig gelten, nicht nur gerechter und gewaltärmer, sondern auch nach außen friedlicher sind.<sup>49</sup> Die statistischen Korrelationen sind signifikant, die kausalen Zusammenhänge können freilich vorerst nur als vorläufig gesichert gelten. Vorstellbar ist auch, dass sich äußerer Frieden günstig auf eine „Verfriedlichung“ der Geschlechterbeziehungen auswirkt. Ebenso gut möglich ist, dass Gesellschaften, die sich auf verschiedenen Ebenen ihrer sozialen und politischen Beziehungen humanisiert haben, auch gewaltfreiere und gerechtere Beziehungen zwischen den Geschlechtern und zwischen Eltern und Kindern entwickeln. Das alles sollte sich auch günstig auf die Friedensfähigkeit nach außen auswirken.

Wenn man die rigide Zweiteilung zwischen Einzelstaaten auf der einen und dem internationalen System auf der anderen Seite kritisiert, dann muss man aus einer Geschlechterperspektive allerdings auch den innerstaatlichen Krieg der Männer untereinander berücksichtigen. Jeder dritte Mord auf der Welt geschieht in Lateinamerika, das gerade einmal acht Prozent der Weltbevölkerung stellt, und lediglich sieben der fünfzig lebensgefährlichsten Städte liegen nicht in dieser Region. Verantwortlich für die extrem hohe Zahl der gewaltsamen Todesfälle, die teilweise das Niveau verlustreicher Bürgerkriege erreichen, sind vor allem Bandenkriege unter männlichen Jugendlichen und deren treibende Faktoren: der Drogenhandel und das organisierte Verbrechen, die hohe Jugendarbeitslosigkeit, die extreme soziale Ungleichheit, die Schwäche der Justiz mit der daraus resultierenden Straflosigkeit, schließlich die weite Verbreitung von Schusswaffen und – ähnlich wie in den USA – sehr laxen Waffengesetze.<sup>50</sup>

Die meisten Gewalttaten werden von Männern begangen, sei es auf Grund von Arbeitsteilung, männlicher Macht und Privilegien oder männlicher Sozialisation. Körperliche Gewalt in den Geschlechterbeziehungen ist nicht ausschließlich – es gibt Frauen, die ihre Männer verprügeln oder sich an der sexuellen Ausbeutung von Kindern beteiligen – aber doch weit überwiegend männlich. Freilich sind Frauen auf vielfache Weise in die gewalttätige Seite des Patriarchats, der Männerherrschaft, eingebunden. Frauen sind, wie es eine Kollegin aus der Friedensforschung einmal formuliert hat, Gewaltakteurinnen, Gewaltphantasieurinnen, Gewaltassistentinnen und Gewaltclaqueurinnen.<sup>51</sup> In den Hexenverfolgungen der Neuzeit kamen die meisten Denunziationen von Frauen, und die großen Gewaltmänner der Geschichte wie Hitler, Stalin oder Mao hatten nicht nur millionenfache männliche, sondern eben auch weibliche Anhänger-schaft. In vielen Kulturen beteiligen sich Frauen an der sozialen Ausgrenzung „gefallener“, d.h. vergewaltigter Geschlechts-genossinnen, und in einigen afrikanischen Bürgerkriegen

<sup>49</sup> Dazu ausführlich Valerie M. Hudson/Bonnie Ballif-Spanvill/Mary Caprioly/Chad F. Emmett, *Sex and World Peace*, New York-Chichester 2012.

<sup>50</sup> Alles nach Tjerk Brühwiller, *Die Blutspur durch Lateinamerika: In keiner anderen Region der Welt wird so oft getötet*, FAZ vom 19. Mai 2018, S. 8.

<sup>51</sup> Astrid Albrecht-Heide, *Das Verhältnis von Mädchen und Frauen zur Gewalt – Fragen zu einem vernachlässigten Bereich*, in: Christiane Rajewsky (Hrsg.), *Rüstung und Krieg: Zur Vermittlung von Friedensforschung*, Frankfurt am Main 1983, S. 261-273.

suchen Soldatinnen in eroberten Gebieten Mädchen oder Frauen für ihre Kommandeure aus und assistieren bei der gewaltsamen sexuellen Unterwerfung.<sup>52</sup>

Auf die Frage, ob die Staatenkriege „nur“ geschlechtsspezifisch organisiert werden oder ob auch sie eine Konsequenz der Geschlechterverhältnisse sind, gibt es keine eindeutige Antwort. Frauen sind an Eroberungskriegen wie an Kriegen zur Verteidigung auch direkt beteiligt, wie z.B. die ca. 500.000 Wehrmachtshelferinnen auf der deutschen und die ca. eine Million Soldatinnen auf der russischen Seite im Zweiten Weltkrieg. Unabhängig von der Legitimität von Kriegshandlungen finden sich sowohl Belege für Komplementarität und Arbeitsteilung (Männer und Frauen nehmen in Kriegen unterschiedliche Funktionen wahr und erfahren Leiden und Sterben in unterschiedlichen Zusammenhängen) als auch für die Aufladung von Kriegen durch geschlechtsspezifische Inszenierungen vom „gerechten Krieger“ und der „schönen Seele“ bis hin zu organisierter sexueller Gewalt gegen Frauen.

#### 4.4 Politische Psychologie: Grenzen menschlicher Rationalität

Die Politische Psychologie interessiert sich auch im Bereich der internationalen Beziehungen besonders für Irrationalität und selbstschädigendes Verhalten. So hat die kognitive Psychologie gezeigt, dass die intuitive Verarbeitung von Informationen, die Voraussetzung für soziales Handeln ist, Selektionsmechanismen unterliegt, die zu gravierenden Fehlwahrnehmungen führen können.<sup>53</sup> Zu den Faustregeln der Intuition gehört z.B. die Verfügbarkeit, Anschaulichkeit und Abrufflüssigkeit auffälliger Ereignisse, deren Häufigkeit oft überschätzt wird. Das gilt etwa für terroristische Attentate, die durch die mediale Spiegelung und die öffentliche Debatte geradezu „Verfügbarkeitskaskaden“ hervorrufen – genau das, was die Terroristen wollen. Kollektive Traumata wie das Attentat auf die *Twin Towers* in New York am 11. September 2001 führen so zu lange nachwirkenden Ängsten, zu einer Überbewertung terroristischer Risiken generell und zu teilweise kontraproduktiven Gegenmaßnahmen.<sup>54</sup>

Viele nicht-rationale Einflüsse prägen freilich auch das menschliche Reflexions- und Urteilsvermögen: Emotionen, Vorurteile, verfestigte Einstellungen. Niemand soll meinen, er oder sie sei gegen Parteilichkeit in politischen Kontroversen gefeit. Probanden, denen ausgewogene Informationen vorgelegt werden, die eine Debatte von zwei konträren Seiten beleuchten, glauben meistens den Argumenten, die ihre zuvor bestehende Meinung unterstützen. Der *confirmation bias*, die Tendenz nur das zu glauben, was man gerne hören möchte, ist keineswegs harmlos; sie ist z.B. einer der Hauptgründe für Fehlurteile im Justizwesen mit u.U. sogar tödlichen Folgen.<sup>55</sup> Auch die Wissenschaft hat ihre Blindstellen. So waren die meisten Anhänger

<sup>52</sup> Belege bei Krell/Schlotter, *Weltbilder und Weltordnung*, S. 320-321.

<sup>53</sup> Zur kognitiven Psychologie vgl. das noch junge Standardwerk von Daniel Kahneman, *Schnelles Denken, Langsames Denken*, München 2012.

<sup>54</sup> Die Zahl der Anschläge weltweit hat sich freilich seit 2004 fast kontinuierlich erhöht und von 2011 bis 2014 sogar verdreifacht. Sie ist seitdem wieder gesunken; vgl. BICC/HSFK/IFSH/INEF, *Friedensgutachten 2018*, S. 130.

<sup>55</sup> Vgl. dazu Mark Godsay, *Blind Injustice: A Former Prosecutor Exposes the Psychology and Politics of Wrongful Convictions*, Berkeley 2017.

der Neoklassik in der Ökonomie überzeugt davon, dass die Finanzmärkte immer effizient seien; deshalb haben sie fast ohne Ausnahme die schwere Finanzkrise von 2007/2008 nicht kommen sehen, obwohl es eindeutige Warnsignale gab.<sup>56</sup>

Besonders beunruhigend ist eine Tendenz sowohl bei Entscheidungsträgern als auch bei einfachen Bürgerinnen und Bürgern, das Engagement für ein riskantes Projekt auch dann noch zu verstärken, wenn schon klar ist, dass es wahrscheinlich scheitern wird. Rationalisierendes Wunschdenken greift oft um sich, wenn Akteure keine Möglichkeit mehr sehen, aus einer Lage herauszukommen, in die sie sich Schritt für Schritt hineinmanövriert haben, ohne jeweils die vollen Konsequenzen zu durchdenken oder zu durchschauen. Irritierend ist dabei vor allem der Sachverhalt, dass sogar gravierende Risiken, über die sie sich eigentlich voll im Klaren sind, aus ihrem Blickfeld geraten, je näher der Zeitpunkt der Entscheidung rückt. So haben in der Vorgeschichte des Ersten Weltkrieges von 1914 maßgebliche Politiker und Militärs verschiedener Großmächte lange Zeit einen solchen Krieg in äußerst düsteren Farben beschrieben. Als er dann näher rückte und sie beschlossen, ihn tatsächlich zu riskieren, wurden die Voraussagen der Hauptbeteiligten nicht etwa pessimistischer, sondern weit optimistischer, die militärischen Planungen noch wagemutiger. Allgemein wurde jetzt mit einem kurzen Krieg und mit schnellen Erfolgen gerechnet.<sup>57</sup>

Ähnliches lässt sich beim Irak-Krieg 2003-2011 beobachten.<sup>58</sup> So verfügte der amerikanische Verteidigungsminister Donald Rumsfeld schon lange über eine Horrorliste mit Risiken nicht nur für die Intervention selbst, sondern vor allem für den politischen Umbau des Irak; in der Entscheidungsphase spielte sie jedoch keine Rolle mehr. Selbst Vize-Präsident Dick Cheney war in früheren Jahren davon ausgegangen, dass eine Entfernung von Saddam Hussein aus dem Amt den Irak ins Chaos stürzen könnte. Aber nach 9/11 und unter der grandiosen Vision einer Demokratisierung des Nahen und Mittleren Ostens änderte er seine Haltung. Erstaunlich ist auch, wie wenige Planungen in Großbritannien und in den USA für die Zeit nach dem militärischen Niederringen von Saddam Hussein überhaupt in Auftrag gegeben oder in Angriff genommen wurden. In beiden Ländern blieben die Entscheidungsträger für die Phasen nach dem Einmarsch und dem vorausgesetzten Sieg naiv optimistisch, gewollt uninformiert und vor allem unvorbereitet – und zwar entgegen den in diesem Fall korrekten Voraussagen ihrer Geheimdienste. Gerade der Irak-Krieg, so viel steht heute fest, war weitgehend das Ergebnis einer Kette von selbstschädigenden Täuschungen und Illusionen: selektive Wahrnehmung, übertriebene Bedrohungsvorstellungen kombiniert mit der Weigerung, sie ernsthaft zu überprüfen, verbunden mit einer dramatischen Unterschätzung der Schwierigkeiten und

---

<sup>56</sup> Vgl. dazu Ulrike Herrmann, *Kein Kapitalismus ist auch keine Lösung: Die Krise der heutigen Ökonomie oder Was wir von Smith, Marx und Keynes lernen können*, Frankfurt am Main 2016, S. 219-226.

<sup>57</sup> Vgl. dazu Dominic D.P. Johnson/Dominic Tierney, *The Rubicon Theory of War: How the Path to Conflict Reaches the Point of no Return*, in: *International Security*, 36:1 (Summer 2011), S. 7-40.

<sup>58</sup> Zusammengestellt nach Robert Jervis, *Why Intelligence Fails: Lessons from the Iranian Revolution and the Iraq War*, Ithaca, N.Y.-London 2010.

Kosten der in Aussicht genommenen Strategie. Täuschungen, Illusionen und Manipulationen spielten freilich auch eine große Rolle auf der anderen Seite, bei Saddam Hussein.

Als letztes Beispiel soll hier ein historischer Fall zur Sprache kommen, der noch ziemlich jung ist: Libyen. Am 14. September 2016 veröffentlichte der Auswärtige Ausschuss im britischen Unterhaus einen Bericht über die Luftschläge von 2011 gegen das Gaddafi-Regime, an denen sich Großbritannien beteiligt hatte. Der Bericht kam zu dem Urteil, London habe hier auf der Grundlage unzureichender Informationen und mangelhafter Lage-Einschätzung eine undurchdachte Militärintervention begonnen. Bei der Interventionsentscheidung im März 2011 habe Premierminister David Cameron die Warnungen erfahrener Mitglieder des Nationalen Sicherheitsrates ignoriert und die reale Gefahr falsch eingeschätzt. Das Ausmaß der Bedrohung für die Zivilisten (der unmittelbare Anlass für die Intervention) sei mit einer ungeRechtfertigten Gewissheit präsentiert und enorm übertrieben worden. Zugleich habe die britische Regierung dabei versagt, das militante islamistisch-extremistische Element in der Rebellion gegen Gaddafi zu identifizieren. Zu glauben, dass diese Gruppen nicht von der Rebellion profitieren würden, sei bestenfalls Wunschdenken gewesen. Als das Ziel des Regimewechsels mehr und mehr in den Vordergrund rückte, habe es keine seriösen Pläne für eine langfristige Stabilisierung und den Wiederaufbau Libyens gegeben. Die Frage, was zu tun sei, wenn Gaddafi weg ist, sei ignoriert worden. Wörtlich heißt es:<sup>59</sup>

Das Ergebnis war politischer und wirtschaftlicher Zusammenbruch, Krieg zwischen den Milizen und den Stämmen, humanitäre Krisen und Flüchtlingskrisen, weit verbreitete Menschenrechtsverletzungen, die Verbreitung von Waffen des Gaddafi Regimes über die gesamte Region und die Zunahme des islamistischen Terrorismus in Nordafrika. Durch seine Entscheidungen im Nationalen Sicherheitsrat trägt der frühere Premierminister David Cameron die Verantwortung dafür, dass es nicht gelungen ist, eine kohärente Strategie für Libyen zu entwickeln.

Alles in allem sehr ernüchternde Ergebnisse über den Mangel an Rationalität in der internationalen Politik.

## **5. Perspektiven der Welt(un)ordnung: Risiken und Chancen**

Ein allgemeiner sozialwissenschaftlicher Grundsatz lautet, der Gegenstand des Denkens verdeutliche sich fortschreitend mit der Vielfalt der Perspektiven, die sich auf ihn richten. Ich hoffe, ich habe demonstrieren können, dass das auch für die Internationalen Beziehungen gilt. Perspektivisches Denken und Vergleichen hat sowohl ergänzende als auch korrigierende Funktionen. Das bezieht sich nicht nur auf das fruchtbare Spannungsverhältnis zwischen Realismus und Idealismus, auch wenn es manchmal überzogen wird. Der Realismus ist keineswegs so düster oder so machtfixiert und der Idealismus nicht so naiv, wie sie gelegentlich eingeschätzt werden. Es bezieht sich auch auf die in ihrer Grundtendenz idealistischeren Leitperspektiven untereinander. So neigt der Liberalismus dazu, die zweifellos gegebenen positiven

---

<sup>59</sup> House of Commons Foreign Affairs Committee, *Libya: Examination of intervention and collapse and the UK's future policy options: Third Report of Session 2016-17*, HC 119, London (House of Commons), 14. September 2016, S. 3 (meine Übersetzung).

Eigenschaften demokratischer Gesellschaften und ihrer Bürgerinnen und Bürger oder der Märkte und des Freihandels zu überschätzen, und der Marxismus oder der Feminismus idealisieren häufig die Benachteiligten oder Unterdrückten und schieben alle Weltprobleme auf „den Kapitalismus“ oder „das Patriarchat“. Aber sie kritisieren und korrigieren zugleich wechselseitig ihre jeweiligen Blindstellen. Auch die Politische Psychologie ist der Aufklärung und dem Fortschritt verpflichtet, aber sie ist vielleicht die größte Herausforderung für alle anderen theoretischen Leitperspektiven in den IB; und zwar den Realismus eingeschlossen, jedenfalls seine strategisch-rationalistische Variante. Der skeptischen Variante des Realismus dürfte die Politische Psychologie dagegen näher stehen; denn für sie gehört der kritische Blick auf die Grenzen menschlicher Ratio zum Programm.

Den großen Risiken für eine menschendienliche Weltordnung müssen sich alle IB-Theorien in der einen oder anderen Form stellen. Einige dieser Risiken habe ich noch gar nicht erwähnt wie z.B. eine Eskalation protektionistischer Maßnahmen oder eine weitere mittlere oder sogar eine neue große Finanzkrise.<sup>60</sup> Das vor allem in Afrika immer noch dramatisch hohe Bevölkerungswachstum wird in den kommenden Jahren den Migrationsdruck auf die EU, die jetzt schon in der Frage des Umgangs mit Flüchtlingen an die Grenzen ihrer Entscheidungsfähigkeit gerät, weiter erhöhen.<sup>61</sup> Einer der bedrohlichsten apokalyptischen Reiter bleibt der Nuklearkrieg. Einige Beobachter gehen davon aus, dass seine Wahrscheinlichkeit wieder zugenommen hat, und im amerikanischen Kongress gab es zum ersten Mal seit vierzig Jahren erneut öffentliche Anhörungen zu diesem Thema. In seinem Buch *The Domsday Machine* von 2017 weist Daniel Ellsberg, dem wir die Veröffentlichung der Pentagon-Papiere über die Entscheidungsprozesse der USA im Vietnam-Krieg verdanken und der sich beruflich intensiv mit nuklearer Kriegsplanung beschäftigt hat, noch einmal mit Nachdruck darauf hin, wie nah die Welt 1962 in der kubanischen Raketenkrise an der totalen Katastrophe vorbeigeschrammt ist, und zwar nicht nur aufgrund von Inkompetenz, Fehlwahrnehmungen oder unkontrollierten

---

<sup>60</sup> Experten weisen auf die aktuellen Probleme der Türkei und auf Risiken in anderen Schwellenländern hin. Das Problem ist immer wieder eine zu hohe Verschuldung in Fremdwährung. Vgl. dazu etwa *Die Türkei ist kein Einzelfall*, FAZ vom 11. August 2018, S. 25. Was ein mögliche globale Finanzkrise angeht, so wären die Abwehrkräfte der Industriestaaten heute weit geringer als in der letzten Finanzkrise von 2008 (vgl. dazu den eindringlichen Kommentar von Alexander Hagelüken, *Wirtschaftskrise: Diesmal wird es schlimmer*, SZ vom 20. Juli 2018, S. 21). Umfassende Analysen von Finanzkrisen in 20 Industrieländern seit 1870 zeigen erhebliche Einflüsse auf die insgesamt 800 untersuchten Wahlen: Regelmäßig geht die politische Stabilität zurück und gewinnt die extreme Rechte an Bedeutung (vgl. Andrea Rexer, *Die rechten Nutznießer: Vor zehn Jahren brach die Finanzkrise aus. Auch wenn sich die Wirtschaft wieder erholt hat, sind die Auswirkungen bis heute zu spüren*, SZ vom 26. Juli 2018, S. 16). Die Wirtschaftswissenschaften haben offenbar inzwischen die Bedeutung der Themen Schulden, Banken und Finanzmärkte erkannt, aber die traditionelle Lehre deutet das Ausbleiben neuer Krisen vielfach immer noch als eine Bestätigung ihrer alten unkritischen Position. Dabei bleiben das Ausmaß privater und öffentlicher Verschuldung, unzulängliche Regulierungen und der verringerte Handlungsspielraum der Geld- und der Fiskalpolitik beunruhigende Faktoren (so Gerald Braunberger, *Auf der Baustelle*, FAZ vom 8. August 2018, S. 15).

<sup>61</sup> Vgl. dazu etwa Kathrin Schwarze-Reiter/Roland Preuss, *Es wird eng: Bis 2050 könnten zehn Milliarden Menschen auf unserem Planeten leben*, SZ vom 2./3. Juni 2018, S. 13-15; oder Michaela Wiegel, *Der Wunsch nach Abenteuer: Europa muss sich auf massive Einwanderung aus Afrika einstellen*, FAZ vom 19. Juni 2018, S. 6 (eine Besprechung des Buches von Stephen Smith, *La ruée vers l'Europe: La jeune Afrique en route le Vieux Continent*, Paris 2018, das demnächst auf Deutsch erscheint).

Emotionen, sondern auch durch dumme Zufälle.<sup>62</sup> Nicht nur dem damaligen amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy und dem sowjetischen Partei- und Regierungschef Nikita Chruschtschow hat es die Welt zu verdanken, dass ein Nuklearkrieg vermieden werden konnte; sie hat einfach auch Glück gehabt. Hinzu kommt, dass wir heute in einer Zeit leben, in der die drei größten Nuklearmächte von ausgesprochenen Machtmenschen regiert werden.

Ich habe mich in den siebziger und achtziger Jahren intensiv mit nuklearer Abschreckung und mit Möglichkeiten der nuklearen Rüstungskontrolle beschäftigt. Deshalb ist es für mich deprimierend zu sehen, dass die militärische und politische Planung immer wieder neue nukleare Rüstungstechnologien mit Optionen einer erfolgreichen Kriegführung und mit drohpolitischen Fixierungen verbindet, wie gerade in der aktuellen amerikanischen Nukleardoktrin.<sup>63</sup> Die Vorstellung, man könne einen Nuklearkrieg kontrollieren, begrenzen oder sogar gewinnen, ist schon rein technisch gesehen aberwitzig. Das einzige, was hier dauerhaft helfen würde, wäre die vollständige nukleare Abrüstung; das sagt jedenfalls Daniel Ellsberg, und der muss es wissen. Barack Obama hat immerhin einen Versuch in dieser Richtung gestartet, auch wenn er damit schon im eigenen Land nicht weit gekommen ist. Gegenwärtig hat nicht einmal die nukleare Rüstungskontrolle große Chancen. Das „historische“ Gipfeltreffen von Donald Trump mit Kim Jong-un im Juni 2018 war mehr Illusionstheater als der vermeintliche Durchbruch, als den ihn der amerikanische Präsident herausstellte.<sup>64</sup>

Die Lage in Ost- und Südostasien bleibt ein möglicher Auslöser eines großen Krieges: machtpolitische Rivalitäten zwischen mehreren Großmächten, vor allem den USA (die absteigende Supermacht?) und China (der aufsteigende Herausforderer?); vielleicht eine Verfestigung gegeneinander gerichteter Bündnisse, darunter zwei instabile kleinere Staaten, die über Nuklearwaffen verfügen (Nordkorea und Pakistan); wachsender Nationalismus und wenig institutionalisierte Kooperation. Wie die Beziehungen zwischen den USA und China zeigen, ist wirtschaftlicher Austausch kein Garant für Frieden, sondern bietet seinerseits Konfliktstoff.<sup>65</sup>

Auch wenn man von den neuen Großmachtrivalitäten absieht, bleiben Fragen über die Auswirkungen der chinesischen Globalplanung. Sie ist nicht so offensichtlich imperialistisch wie die Vergangenheit der europäischen Großmächte oder der USA, aber auch hier entstehen

<sup>62</sup> Daniel Ellsberg, *The Doomsday Machine: Confessions of a Nuclear War Planner*, London-Oxford-New York 2017. Che Guevara, für viele Menschen auch heute noch ein Idol, wollte damals übrigens ausdrücklich einen Nuklearkrieg riskieren!

<sup>63</sup> Um Missverständnissen vorzubeugen, sei darauf hingewiesen, dass sich vergleichbare fragwürdige Tendenzen auch in der sowjetischen bzw. der russischen Nukleardoktrin finden. Grundsätzlich zum Thema schon Gert Krell, *Zur Problematik nuklearer Optionen*, in: Erhard Forndran/Gert Krell (Hrsg.), *Kernwaffen im Ost-West-Vergleich: Zur Beurteilung militärischer Potentiale und Fähigkeiten*, Baden-Baden 1984, S. 79-116, und ganz aktuell der ausgezeichnete Forschungsbericht von Peter Rudolf, *Aporien atomarer Abschreckung: Zur US-Nukleardoktrin und ihren Problemen*, SWP-Studie 15, Berlin 2018.

<sup>64</sup> Für Trumps „Fake Diplomacy“ gibt es wahrscheinlich nur zwei Erklärungsmöglichkeiten. Entweder hatte (und hat) er nicht die leiseste Ahnung von der Geschichte und Aktualität der hochgradig manipulativen nordkoreanischen Außenpolitik in der Nuklearfrage oder er hat geahnt, dass er für seine (voreiligen) Angebote keinerlei substanzielle Gegenleistung bekam, und hat dieses Scheitern wie üblich grandios überspielt (vgl. dazu den schon in Anm. 13 genannten Beitrag von Jessica Mathews, hier S. 37).

<sup>65</sup> Vgl. dazu jetzt Michael Paul, *Kriegsgefahr im Pazifik? Die maritime Bedeutung der sino-amerikanischen Rivalität*, Baden-Baden 2017.

strategische und ökonomische Abhängigkeiten, nicht nur in Asien und Afrika, sondern auch in Europa.<sup>66</sup> Wirtschaftliche Gewinne für Chinas Partner sind dabei keineswegs ausgeschlossen, ihnen stehen aber Risiken wie z.B. eine hohe Verschuldung gegenüber. Von den 68 Ländern, die sich an der Seidenstraßen-Initiative beteiligen, sind heute schon acht besonders von einer Schuldenkrise bedroht. Nicht zufällig hat Malaysias neuer Ministerpräsident Mahathir Muhamad die Verträge seines Vorgängers mit China für den Bau einer Eisenbahn entlang der Ostküste aufgekündigt. Es gehe darum, nicht zu viel Geld zu leihen, das sich Malaysia nicht leisten und nicht zurückzahlen könne, sagte er. Bei seinem Besuch in Beijing warnte er sogar vor einer neuen Version des Kolonialismus, ohne allerdings China ausdrücklich zu nennen.<sup>67</sup> Hinzu kommen Gefahren politischer Einflussnahme, z.B. durch mediale Kolonialisierung, und der Einschränkung intellektueller Freiheiten.

Hier sind freilich auch autoritäre Tendenzen in anderen Staaten einschließlich illiberaler Trends in den Demokratien zu nennen. Wie der Bertelsmann-Transformations-Index, der seit 2006 die Qualität von Demokratie, Marktwirtschaft und Regierungsführung in 129 Schwellen- und Transformationsländern untersucht, dokumentiert, galt 2006 noch jedes sechste Land als vorbildlich bei freien und fairen Wahlen, 2018 aber nur noch jedes vierzehnte. Uneingeschränkte Meinungs- und Pressefreiheit gibt es heute in 10 Transformations- und Schwellenländern, 2006 waren es immerhin noch 17.<sup>68</sup> Diese betrüblichen Tendenzen bleiben erhalten, wenn man die etablierten wohlhabenden Demokratien in die Betrachtung mit einbezieht. So konstatiert Freedom House, das jährlich über den weltweiten Stand der Menschen- und Bürgerrechte informiert, einen nunmehr 12 Jahre anhaltenden sinkenden Trend.<sup>69</sup> Seit 2006 hat sich der Index für alle Freiheiten zusammen bei 113 Ländern verschlechtert und nur bei 62 verbessert; im letzten Jahr allein lag das Verhältnis bei 71 zu 35. Als besonders gravierend notiert Freedom House, dass sich die USA von ihrer traditionellen Rolle als Fürsprecher der Demokratie verabschiedet und selbst einen Niedergang amerikanischer politischer und bürgerlicher Freiheitsrechte eingeleitet hätten. Unsere geistigen und politischen Freiheiten sind also keineswegs selbstverständlich.

Am meisten beunruhigt mich jedoch der Klimawandel. Seriöse Berichte zeigen, dass er sich stärker beschleunigt als lange Zeit angenommen.<sup>70</sup> Sehr treffend dazu Joachim Müller-Jung in einem Kommentar für die FAZ: „Zum ersten Mal (...) wird der Verlust an Stabilität im Klimasystem in diesem Sommer für viele hautnah spürbar. Hitze und Trockenheit machen die

---

<sup>66</sup> Vgl. dazu Ulrich Menzel, *Tribut für China: Die neue eurasische Weltordnung*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 63:6 (Juni 2018), S. S. 49-60.

<sup>67</sup> Vgl. Friederike Böge/Till Fähnders, *Freundlich, aber bestimmt: Malaysia kündigt mehrere Verträge mit China auf: Ministerpräsident Mahathir will damit die Abhängigkeit vom Partner verringern*, FAZ vom 22. August 2018, S. 6.

<sup>68</sup> Bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2018/maerz/demokratie-unter-druck-polarisierung-und-repression-nehmen-weltweit-zu/ (infographik, 28. August 2018)

<sup>69</sup> Freedomhouse.org/report/freedom-world/freedom-world-2018 (28. August 2018).

<sup>70</sup> Vgl. dazu das Interview von Alex Rühle, *Gegen die Wand: Klimaforscher Hans Joachim Schellnhuber über das Irrsinnstempo, mit dem die Menschheit gerade auf die Katastrophe zusteuert*, SZ vom 15. Mai 2018, S. 11.



Zukunft in einer Treibhauswelt vorstellbar. Es ist eine Realität, die sich jedem, der klar denkt, immer schmerzhafter aufdrängt.“<sup>71</sup> Inzwischen ist ja auch eindeutig belegt, dass die amerikanische Erdölindustrie durch ihre eigenen Forscher und deren Untersuchungen seit etwa 50 Jahren immer genauer über den Klimawandel Bescheid wusste, diese Erkenntnisse in ihre operative Konzernstrategie (z.B. beim Bau von Bohrinseln) integriert, sie aber vertuscht und Öffentlichkeit und Politik gezielt in die Irre geführt hat.<sup>72</sup> Analysen des Klimawandels in der Arktis bestätigen die schlimmsten Befürchtungen. Noch vor 20 Jahren war es für viele Klimaforscher noch nicht sicher, ob er von menschlichen Aktivitäten verursacht wurde; inzwischen wird dieser Zusammenhang von keinem seriösen Wissenschaftler mehr in Frage gestellt. Die mit der Aufwärmung verbundenen Veränderungen in der Arktis sind so dramatisch, dass die Computer-Modelle heute keine zuverlässigen Voraussagen mehr machen können: alles ist möglich.<sup>73</sup> Und die Arktis ist nur eines von mehreren gefährdeten „Kippelementen“, die zu Dominoeffekten im vernetzten globalen Ökosystem führen und damit zur Irreversibilität des Klimawandels in Richtung einer „Heißzeit“ beitragen.<sup>74</sup>

Negative Auswirkungen auf die Lebensumstände vieler Menschen durch den Klimawandel sind schon deutlich erkennbar; auch die internationalen Beziehungen werden davon zunehmend betroffen, z.B. durch Migrationsströme. Eine der vielen Ursachen des syrischen Bürgerkrieges war eine vom Klimawandel beeinflusste große Dürre. Durch den Klimawandel, aber auch durch Übernutzung wird in vielen Gegenden Trinkwasser knapp. Die Gefahr eines ökologischen Kollapses bezieht sich aber auch auf andere Dimensionen, z.B. die Vermüllung der Meere durch Plastik oder das durch Pestizide verursachte Artensterben bei Insekten; beide Tendenzen gefährden unsere Versorgung mit Nahrungsmitteln. Auch unter diesem Gesichtspunkt ist die Präsidentschaft von Donald Trump eine Katastrophe.

Freilich bleibt auch die deutsche Umweltpolitik weit hinter ihren eigenen Zielsetzungen zurück. Die Bundesrepublik ist bis heute das einzige Land in Europa, das keine generelle Geschwindigkeitsbegrenzung auf seinen Autobahnen eingeführt hat. Die Nonchalance, mit der in Berlin über Klimaschutzlücken, EU-Ziele und Grenzwerte geredet werde, spreche der Größe der Herausforderung Hohn, schrieb die Süddeutsche Zeitung im Juni 2018.<sup>75</sup> Hinzuzufügen wäre nur noch, dass die Nonchalance der deutschen und nicht nur der deutschen Klimapolitik noch viel tiefer reicht. Schon seit Jahren ist bekannt, dass mehr als 40 Prozent der schädlichen

<sup>71</sup> *Das Klima im Hexenkessel*, FAZ vom 4. August 2018, S. 1.

<sup>72</sup> Vgl. dazu den Fernsehbericht *Die Story*, WDR, 8. November 2018, 22:10-22:55, oder David Kaiser/Lee Wassermann, *The Rockefeller Family Fund vs. Exxon*, *The New York Review of Books*, 63:19 (8. Dezember 2016), [www.nybooks.com/articles/2016/12/8/the-rockefeller-family-fund-vs-exxon/](http://www.nybooks.com/articles/2016/12/8/the-rockefeller-family-fund-vs-exxon/) (Rezension von mehreren Büchern über die Manipulationen der Öffentlichkeit durch die Erdölindustrie, abgerufen 29. August 2018).

<sup>73</sup> Vgl. dazu Mark C. Serreze, *Brave New Arctic: The Untold Story of the Melting North*, Princeton, NJ 2018.

<sup>74</sup> Vgl. dazu die ausführlichen Berichte über eine Studie namhafter Experten, die den aktuellen Stand des Wissens anhand von Erdsystemmodellen in der amerikanischen Zeitschrift PNAS (Proceedings of the National Academy of Sciences) zusammengefasst haben: Christopher Schrader, *Kommt die Heißzeit?*, SZ vom 8. August 2018, S. 14, und Joachim Müller-Jung, *Wie weit bis zum rettenden Ufer? Das System Erde driftet ab, keine Frage. Wann kippt das Ganze?*, FAZ vom 8. August 2018, S. N1.

<sup>75</sup> Michael Bauchmüller, *Verein der Verzagen*, SZ vom 13. Juni 218, S. 17; Silvia Liebrich, *Setzt endlich Grenzen: Die Erde steuert auf eine Klima- und Umweltkatastrophe zu*, SZ vom 16./17. Juni 2018, S. 24.

Treibhausgase direkt oder indirekt mit der Ernährung vor allem in den reichen Ländern zusammenhängen – und das ist mehr als der gesamte Straßenverkehr verursacht.<sup>76</sup> Beim Pariser Klimagipfel 2015 waren sich die Staaten noch einig, dass sich die Erderwärmung nicht ohne einen substantiellen Beitrag der Landwirtschaft und der Lebensmittelindustrie begrenzen lässt. In völligem Kontrast zu dieser Einsicht stehen die Ermutigungen der EU-Kommission und der deutschen Bundesregierung von Landwirten, Fleisch- und Molkereikonzernen, immer mehr zu produzieren. Nach Berechnungen von Greenpeace müsste z.B. der durchschnittliche globale Fleischkonsum von 37 Kilo bis 2030 auf 22 Kilo und bis 2050 auf 16 Kilo pro Kopf reduziert werden. Stattdessen setzen die großen Fleischkonzerne darauf, dass er weltweit allein bis 2030 auf bis zu 50 Kilo steigen wird. In Deutschland lag er in den letzten Jahren jeweils um die 90 Kilo.

Wissen ist Macht, und diese Macht verantwortungsvoll und menschen dienlich einzusetzen, ist der intellektuelle und moralische Anspruch der Wissenschaft. Wissen über die internationalen Beziehungen kann auch unangenehm oder bedrückend sein; an der Welt zu leiden macht sie aber nicht besser. Es lohnt sich, gute Nachrichten zu sammeln, am besten jeden Tag mindestens eine; dafür abschließend einige Beispiele. Ende Mai 2018 demonstrierten 5000 Anhänger der AfD in Berlin gegen die Bundesregierung und für das Deutschtum, 25.000 dagegen – und zwar nicht ganz, aber doch weitgehend friedlich. Ebenfalls Ende Mai stimmten 66 Prozent der Iren für die Abschaffung des strikten Abtreibungsverbots in ihrer Verfassung. Weltweit setzt die Me Too Debatte männlich geprägte Institutionen unter Druck, die sexuelle Belästigung von Frauen durch mächtige Männer zu sanktionieren und damit zu unterbinden.<sup>77</sup> Ein deutsch-kolumbianischer Industriedesigner hat eine Methode entwickelt, mit wenig Wasser Verpackungsmaterial aus (regionalen) landwirtschaftlichen Abfällen zu entwickeln, das vollständig biologisch abbaubar ist. Im Januar 2017 ging er damit in Indien an den Start, 2019 soll die Produktion in Deutschland beginnen.<sup>78</sup> Am 9. Juli 2018 beendeten nach jahrzehntelanger Feindseligkeit Äthiopien und Eritrea offiziell ihren Kriegszustand.<sup>79</sup> Am 25. Juli verständigten sich Claude Juncker, der Präsident der EU-Kommission, und Donald Trump, der Präsident der USA, vorerst auf eine weitere Eskalation des Zollstreits zu verzichten und zu verhandeln. Auch der selbtherrliche Donald Trump konnte die desaströsen Auswirkungen seiner Außenwirtschaftspolitik und die massive Kritik aus der Wirtschaft und sogar aus der republikanischen Partei nicht länger ignorieren. (...)

---

<sup>76</sup> Vgl. Silvia Liebrich, *Schlimmer als die Ölbranche: Wie die hohe Fleisch- und Milchproduktion das Klima anheizt*, SZ vom 18. Juli 2018, S. 18, und Dies., *Klimaschutz: Mehr Nudeln, weniger Braten*, SZ vom 19. Juli 2018, S. 13.

<sup>77</sup> Hier wäre zu ergänzen, dass Frauen der Unterschicht und/oder ausländischer Herkunft deutlich weniger Ressourcen haben, sich gegen sexuelle Gewalt oder Ausbeutung zu wehren, und selbst in der feministischen Bewegung weniger gesehen und beachtet werden; vgl. dazu Bernice Yeung, *In a Day's Work: The Fight to End Sexual Violence Against America's Most Vulnerable Workers*, New York 2018.

<sup>78</sup> Vgl. dazu Philipp Krohn, *Für eine Welt ohne Plastikabfälle*, FAZ vom 9. Juli 2018, S. 20.

<sup>79</sup> Vgl. dazu den anschaulichen Bericht von Bernd Dörries, *Hallo Nachbar: Äthiopier und Eritreer können kaum fassen, dass ihre Länder Frieden geschlossen haben. Über Tage des Jubels und Tage des Glücks*, SZ vom 19. Juli 2018, S. 3.

Auf einer allgemeinen, geradezu philosophischen Ebene hat die österreichische Soziologin Helga Nowotny kürzlich in einem Interview über die Weltlage wie folgt begründet, warum sie trotz aller Ungewissheit und Risiken für die Zukunft nicht verzage, sondern geradezu fröhlich wirke:<sup>80</sup>

Ich habe da ein gewisses Grundvertrauen. Einerseits hatten wir im Laufe der Geschichte der Menschheit noch nie so viele Möglichkeiten, aus uns etwas zu machen. Außerdem denke ich, es war schon ziemlich unwahrscheinlich, dass überhaupt Leben auf der Erde entstand. Noch unwahrscheinlicher war, dass aus diesen Urbakterien die ganze Evolution in Gang kommt. Und unsere eigene Geburt erst, welche Bedingungen da zusammenkommen mussten! Und dass wir es schaffen, heute hier zu sein, miteinander zu reden, uns zu verstehen – da multiplizieren sich die Unwahrscheinlichkeiten geradezu. Das alles ist doch ein Grund, optimistisch zu sein.

---

<sup>80</sup> Ulrich Schnabel/Martin Spiewak im Interview mit Helga Nowotny, „Die Ungewissheit umarmen“: *Die Welt spielt verrückt, der Fortschritt macht nur Stress – da sehnen sich viele nach der guten alten Zeit. Die vielfach ausgezeichnete Soziologin Helga Nowotny hat die Verunsicherung erforscht und gelernt: Man muss sich das Risiko zum Freund machen*, Die ZEIT vom 2. August 2018, S. 31.